



Kranksein verboten?

„AUS“ FÜR JEDES ZWEITE SPITAL

Seite 2-3



monaco andersphoto fotolia.com

Diese Flüchtlinge kommen uns sehr teuer

Die Steuerflüchtlinge kommen uns sehr teuer. In der EU werden 2 Billionen Euro, das sind zweitausend Milliarden Euro, in Steueroasen wie Monaco, hier auf dem Bild zu sehen, geparkt. Das Geld der Steuerflüchtlinge fehlt. Bei den Pensionen, in den Krankenhäusern, bei der Bildung, bei der Bekämpfung von Armut. Ein funktionierender Sozialstaat würde dem Kapitalabfluss einen Riegel vorschieben. Die EU gibt sich aber damit zufrieden, Sündenböcke für die Krise verantwortlich zu machen. Mehr dazu Seite 10.

**Es
reicht
für alle**
KPO

ZITIERT

„Der Krieg ist ein Massaker von Leuten, die sich nicht kennen, zum Nutzen von Leuten, die sich kennen, aber nicht massakrieren.“ Paul Valéry (1871-1945)

„Mindestens 1,3 Millionen Menschenleben – überwiegend Zivilisten – haben die sogenannten Antiterrorkriege des Westens, die in Wahrheit immer Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte waren, allein in den letzten anderthalb Jahrzehnten ausgelöscht.“ Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag, 17. 2. 2016

„Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (1957) richtete sich zugleich gegen die sozialpolitischen Erfolge der Arbeiterbewegungen in Frankreich, Italien, Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern direkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs. So wurde die Sozialstaatsklausel des deutschen Grundgesetzes vor allem durch die europäische Einigung eingeschränkt.“ Andreas Wehr, Junge Welt, 16. 2. 2016



„Ich habe in meiner Familie Anhänger aller Parteien – mit Ausnahme der Kommunisten.“

Norbert Hofer, FP - Kandidat. Quelle: Tiroler Tageszeitung, 2. 3. 2016

„Wir brauchen eine Regierung, die für die vielen arbeitet, nicht eine für die wenigen.“ Bernie Sanders, demokratischer US-Vorwahlkandidat

„Die stolze Partei der Entrechteten ist zu einer Partei geworden, die sich nicht geniert, mit den Rechten zu koalieren.“ Sonja Ablinger, ehemalige Nationalratsabgeordnete über die SPÖ

„Zu sagen mich interessiert die Überwachung nicht, denn ich habe nichts zu verbergen, ist als würde man sagen, mich interessiert die Meinungsfreiheit nicht, denn ich habe keine Meinung.“ Edward Snowden, Verräter unwürdiger Geheimnisse

Gesundheit ist das höchste

...doch die Landesregierung spielt ein gefährliches Spiel

Von 20 Spitälern sollen zukünftig nur mehr 8 bis 10 übrig bleiben. Dieses Ziel verfolgen die Kürzungspläne unter der politischen Verantwortung von VP-Gesundheitslandesrat Drexler. Die Folgen: Schlechtere medizinische Versorgung in den Regionen, Verlust von Arbeitsplätzen und steigende Arbeitsbelastung für das Personal. Nun drohen noch radikalere Einschnitte.

Die Schließungen und Kürzungen im Spitalswesen begannen schon 2010. So wurde etwa die Geburtsstation des LKH Voitsberg trotz größter Widerstände der Bevölkerung geschlossen, im LKH Eisenerz kam es zu einer Teilschließung der Ambulanz. Abteilungen wurden in Mürrzuslag, Vorau, Weiz, Schladming und im LKH Stolzalpe zugesperrt. Die Privatisierung des Grazer LKH West wurde gerade noch verhindert. Die Schließungen sollen nun fortgesetzt werden. Im äußersten Fall bleiben nur acht Spitäler über.

Grund für die Kürzungen sind die europäischen Sparvorgaben. „Der Herr Landesrat müsste mir einmal erklären, warum ein Spital, das wir uns zu Zeiten, als die Produktivität in unserem Land viel niedriger war, leisten konnten, jetzt aber nicht mehr“, meint die Voitsberger KPÖ-Gemeinderätin Hilde Tragler.

Die jüngsten Zwangsfusionen steirischer Spitäler seien nur der „Startschuss für (...) weitere Schritte“, so die Gesundheitssprecher von SPÖ und ÖVP im Landtag. Von den Zusammenlegungen und Schließungen betroffen sind etwa die LKHs Deutschlandsberg, Eisenerz und Voitsberg sowie Radkersburg und Wagner. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler kann diesem Vorgehen nichts abgewinnen: „Die Zusperrpläne gehen an der Realität im steirischen Gesundheitswesen vorbei.“

Ausgaben für Gesundheit explodieren nicht

Das Gesundheitssystem ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Im



KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Zu befürchten ist, dass der Bevölkerung – ähnlich wie bei den Schulschließungen – Sparpakete als ‚Qualitätsverbesserung‘ oder ‚Optimierung und Anpassung von Strukturen‘ verkauft werden sollen. Die KPÖ ist nicht gegen sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche, kostenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Steirerinnen und Steirer, unabhängig von Wohnort und Einkommen.“

Jahr 2004 machten die öffentlichen Gesundheitsausgaben 7,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. 2014 waren es 8,2 Prozent. Hinzu kommt, dass der Gesundheitsausgaben größtenteils durch die Beiträge der arbeitenden Menschen finanziert werden. Je weniger Arbeitsplätze es gibt, desto weniger Arbeitende zahlen in die Krankenkasse ein. Das ist ein Problem, aber die oft erwähnten explodierenden Gesundheitsausgaben gibt es so nicht.

Reformen müssten Verbesserungen bringen

Anstatt einer reinen Verbilligung sollten Reformen eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung zur Folge haben. Passiert ist das

Gegenteil. Die durch Schließungen und Fusionen herbeigeführte Zentralisierung der Krankenhäuser brachte eine Verschlechterung für die ländlichen Regionen mit sich. Viele Menschen verlieren die medizinische Versorgung in der Nähe ihres Wohnortes. Für die Heilung sind aber nicht nur Diagnose und Behandlung wichtig, sondern auch das Umfeld. Viele Menschen haben zu ihrem „Heimatkrankenhaus“ mehr Vertrauen. Aufgrund der Maßnahmen der Landesregierung werden in immer mehr steirischen Regionen Engpässe sichtbar.

Krankenhausschließung bedroht Regionen

Krankenhäuser haben eine enorme wirtschaftliche Bedeu-

Gut rliches Spiel

tung. Oft sind sie ein bedeutender Arbeitgeber einer Region. Durch die notwendigen (teuren!) Krankentransporte oder die Lieferung von Essen aus Graz, nachdem zahlreiche Spitalsküchen „eingespart“ wurden, ist es unwahrscheinlich,

dass auf diese Art viel Geld gespart werden kann.

Die Zentralisierung bringt für das Personal der KAGes (Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft) zusätzliche Arbeitsbelastung. Weniger Standorte und Abteilungen bedeuten ein größeres Einzugsgebiet für die bestehenden Spitäler. Weniger Personal soll mehr Aufgaben erledigen.

Schließungen im Überblick:

Am Ende soll es so sein nach Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) nur noch acht Landesspitäler geben. Hier eine (unvollständige) Übersicht über bereits vollzogene Kürzungen:



LKH Eisenerz:

Für das LKH Eisenerz gibt es nur noch eine vertragliche Standortgarantie bis 2017. Nach der Reduzierung der Öffnungszeiten der Ambulanz auf acht Stunden pro Tag, droht das Ende des Spitals.

Kreißaal im LKH Bruck an der Mur seine Pforten geschlossen. Nur acht der zwölf Hebammen fanden eine Folgeanstellung im LKH Leoben.

LKH Mürzzuschlag:

Schließung der Chirurgie am LKH Mürzzuschlag. Die wenigen verbliebenen Intensivbetten sind künftig nicht mehr vorgesehen.

LKH Vorau

Fusion der ärztlichen Leitung, Umwandlung der Chirurgie in eine Fünftagesklinik bei Reduktion der Betten von 44 auf 24. Spezialisierung auf Athroskopie bei Knie und Schulter statt.

LKH Weiz

Innere Medizin nur noch als Ambulanz geführt, die Chirurgische Abteilung wird zu einer dislozierten Tagesklinik mit vier Betten.

LKH Hörgas-Enzenbach

Fast 40.000 Personen unterschrieben gegen eine Schließung des LKH. Trotzdem soll verkauft werden, jedoch findet sich kein Käufer.

LKH Wagna

Trotz Bezirksvolksbegehrens, um gegen die Schließung der Geburtstation und die Umwandlung der Chirurgie in eine Tagesklinik mobil zu machen, wurde mit dem Schließungsprogramm fortgefahren.

LKH Stolzalpe

Schließung der Abteilung für innere Medizin und Umwandlung in eine personell von Graz aus besetzte Ambulanz. Nun ist auch noch diese gefährdet.

LKH Mariazell

2013 wurden die Chirurgische Station, der OP wie auch die Abteilung für Anästhesiologie geschlossen.

LKH Bruck

Am 20. Dezember 2012 hat der

Kommentar LABg. Claudia Klimt-Weithaler

KPO im Landtag

Kahlschlag bei Mindestsicherung schadet uns allen!



Schon bei der Einführung der Mindestsicherung vor fünf Jahren war die Steiermark das einzige Bundesland, in dem es für alle, die vorher Sozialhilfe bezogen haben, zu Verschlechterungen gekommen ist. Jetzt bereiten SPÖ und ÖVP gemeinsam eine weitere Kürzung vor, die FP klatscht Beifall.

Gegen die Ärmsten wird Stimmung gemacht. Sie würden sie in der „sozialen Hängematte“ ausruhen und dafür so viel bekommen wie Leute, die arbeiten. Abgesehen davon, dass das nicht stimmt und sich die Gerüchte, wer angeblich wieviel bekommt, bei genauem Hinsehen schnell in Luft auflösen: Wovon sollen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, die krank oder behindert sind, eigentlich leben? Und welche Chancen geben wir den Kindern dieser Menschen, wenn wir bei ihnen (schon wieder) kürzen? Richtig ist: Löhne und Einkom-

men sind zu niedrig. Sie sind viel langsamer gestiegen als die Kosten des täglichen Lebens. Für viele lohnt es sich tatsächlich kaum noch, arbeiten zu gehen. Aber was wird für diese Menschen besser, wenn man jenen, die noch weniger haben, etwas wegnimmt? Es wäre nur ein Ansporn für manche Unternehmen, die Löhne weiter zu senken und noch schlechtere Verträge anzubieten.

Bei den Angriffen auf die Mindestsicherung werden viele Gründe vorgeschoben. In Wahrheit geht es nur darum, die Menschen in Billigjobs zu drängen. Das ist der falsche Weg: Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, die Arbeitseinkommen sind zu niedrig! Wir brauchen keinen sozialen Kahlschlag. Wir brauchen Löhne, von denen man leben kann.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, aber MIT BISS



Alle reden von einer Obergrenze für Flüchtlinge.
Niemand fordert eine Obergrenze für Arbeitslosigkeit.

Aus dem Inhalt

Glücksspiel.....	4
Runter mit dem Gaspreis.....	5
Mindestsicherung: Märchen und Wahrheit.....	6/7
Zeitreise in der 1930er.....	8/9
Aus Stadt und Land.....	11-14
Ehrung für Maria Cäsar.....	15
Airpower absagen!.....	16
Glyphosat/Pflanzenpatente..	17
Ferien mit Kinderland.....	18
Internationaler Frauentag.....	19
Anzeigen, Leserbriefe.....	22/23
Tierecke, Impressum.....	22/23
Maklerprovisionen?.....	24

Glücksspiel-Chaos blüht in der Steiermark

Ausstieg bleibt einzige vernünftige Lösung

Seit Anfang Jänner herrscht beim „kleinen Glücksspiel“ Chaos in der Steiermark. Während die Automaten nach dem 2014 beschlossenen Landesgesetz aufgrund von erst vor Weihnachten zurückgezogenen Beschwerden noch gar nicht vollständig in Betrieb genommen wurden, sind noch hunderte „alte“ Spielautomaten in Betrieb, obwohl sie seit 1.1.2016 illegal sind.

Das illegale Glücksspiel blüht in der ganzen Steiermark, die Behörden sind überfordert. Der Landeshauptmann beteuert, über keine Handhabe zu verfügen. Nun platzte die nächste Bombe: Die Verfahren gegen Betreiber illegaler Geräte werden in Wien, Nieder- und Oberösterreich ausgesetzt, weil unklar ist, ob das Glücksspiel-Bundesgesetz überhaupt EU-rechtskonform ist. Auch in der Steiermark wehren sich Automatenbetreiber vor Gericht gegen das Glücksspielgesetz. Sollte das Höchstgericht dem folgen, droht eine weitere Schwemme von Automaten das Land zu überfluten.

Geschicklichkeit?

Noch bevor in der Steiermark über 1000 neue Glücksspielautomaten in Betrieb genommen werden, fällt der Landesregierung ihr 2014 mit Unterstützung der FPÖ beschlossenes Landesgesetz auf den Kopf. Die von SPÖ und ÖVP behauptete Verdrängung des ille-

galen Glücksspiels durch ein legales Angebot bleibt Wunschdenken, solange Betreiber ihrem Geschäft nachgehen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Dabei geht es auch um Steuerbeitrag in Millionenhöhe.



Illegale Automaten

Die KPÖ erfuhr in den vergangenen Tagen aus verlässlicher Quelle, dass landesweit verbotene Automaten in Betrieb sind – und das im dreistelligen Bereich. Die Beobachtungen wurden an die für die Kontrolle des Glücksspiels zuständige Finanzpolizei weitergeleitet. Gleichzeitig wird landesweit das Angebot an Sport- und Livewetten ausgebaut. Diese fallen nicht unter das Glücksspielgesetz, sondern werden als „Geschicklichkeitsspiel“ eingestuft. Nach dem



Automatenspiel haben diese Wetten das zweitgrößte Suchtpotenzial.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Leider bestätigt diese Entwicklung unsere Befürchtungen. Das nun herrschende Chaos ist die Folge einer Gesetzgebung, die nicht im Interesse der Bevölkerung erfolgt ist, sondern alleine den Wünschen eines großen Glücksspielkonzerns folgt. Die einzig vernünftige Lösung angesichts der dramatischen Folgen der Spielsucht wäre ein Ausstieg der Steiermark aus dem Automatenspiel gewesen. Die KPÖ wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, der Geschäftemacherei mit der Spielsucht einen Riegel vorzuschieben.“

Bundespräsidentenwahl. Ein gutes Geschäft.

Wer Bundespräsident wird, hat für sein Leben ausgesorgt. Das Bruttogehalt beträgt 24.322 Euro – monatlich. Seit 1997 ist er auch der einzige Politiker, der einen Pensionsanspruch hat.

Dabei sind die Parteikandidaten für das höchste Amt im Staat schon jetzt hochdotierte Empfänger von Spitzeneinkommen.

Der Bundespräsident erhält 280 % des Ausgangsbetrages (Einkommen eines Nationalratsabgeordneten) das sind ab 1.1.16 € 24.321,60 brutto monatlich.



Das fordert die KPÖ:

Ausstieg aus dem Automatenspiel nach Wiener Vorbild, Bekämpfung der illegalen Automaten

Verbot von Wetten während eines laufenden Ereignisses (Livewetten)

Verbot von Wetten auf Hunderennen und andere Veranstaltungen, die vornehmlich zum Abschluss von Wetten ausgetragen werden
Besonderer Jugendschutz bei Spielsuchtgefahr

Verbot der Werbung für Sport- und Livewetten

Andreas Khol: 10.029 Euro brutto (14mal im Jahr)

Alexander Van der Bellen: 7.958 Euro brutto (14mal im Jahr)

Irmgard Griss: 9.008 Euro brutto (14mal im Jahr)

Norbert Hofer: 14.767 brutto (14mal im Jahr),

3. Präsident des Nationalrats

Rudolf Hundstorfer ist noch nicht in Pension. Er hat nach seinem Ausscheiden als Minister sechs Monate lang Anspruch auf die Fortzahlung des Ministergehaltes von 17.372 Euro brutto im Monat. Hundstorfer hat derzeit noch Anspruch auf Gehaltsfortzahlung als Minister und wird nach einer Niederlage in eine gutdotierte Pension wechseln.

»Haben Sie gerechnet, was das bringt? Das ist populistisch, das bringt nichts.«

— FPÖ-Mann Christian Cramer lehnt den KPÖ-Antrag ab, die Politikergehälter um 30 % zu senken

»Es würde 2,5 Mio. Euro jährlich bringen. 20 Jahre könnte man damit die Weihnachtsbeihilfe, die „aus Kostengründen“ abgeschafft wurde, finanzieren.«

— KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kann rechnen.



Gaspreis für Haushalte stark überhöht**Gaspreissenkung mehr als überfällig**

Der europaweite Gaspreisindex weist im vergangenen Jahr einen Preisverfall von über 50% auf. An private Haushaltskunden wurde die Preissenkung nur marginal weitergegeben. KPÖ-LAbg. Werner Murgg hat recherchiert, wie stark die Preise tatsächlich fallen müssten.

Betrug der Gaspreisindex im Jänner 2014 132,91, so sank er bis Dezember 2014 auf 126,82. Seither geht es steil bergab. Im Jänner 2015 von 122,96 bis Juni 2015 auf 53,9. Seltsamerweise sind bisher nur die Daten bis Juni 2015 veröffentlicht, nachdem der Indexwert binnen sechs Monaten um 56 Prozent gefallen ist. Zur Erinnerung: Hintergrund für die Einführung dieses Index war, dass die Energie-Allianz Wien-Niederösterreich-Burgenland ab 2006 eine „unabhängige“ Datenquelle benötigte, um Preiserhöhungen zu untermauern. Beim Strompreis gibt es weiter einen aktuellen Index – hier fielen die Preise im selben Zeitraum nur um 10 Prozent. Offenbar wollen sich die Gasversorger nicht mit Argumenten nach einer mehr als dringenden Gaspreissenkung auseinandersetzen. Auch die deutschen Grenzüberschreitungspreise, sie stellen einen Mix aus kurz- und langfristigen Lieferverträgen dar, sind deutlich gefallen: Zwischen Jänner und Dezember 2015 um 24 Prozent.

Auch Forward-Preise fallen

Ein Indikator für die Gaspreisentwicklung sind die sogenannten Forward-Preise. Das sind Preise für Lieferungen in einem Zeitraum X an den virtuellen Gashandelsplätzen. Für Österreich bietet sich Net Connect Germany, welche das Netz in Süddeutschland betrifft, an. Hier fielen die Preise zwischen Mai 2015 und März 2016 um 45 Prozent. Warum ist dieser Zeitraum interessant? Weil die letzte Gaspreissenkung der Energie Stei-

ermark mit April 2015 erfolgte. Damals um 10 Prozent. Seither ist der Gaspreis auf den Großmärkten weiter verfallen. So stand der Gaspreisindex laut Austrian Energy Agency im April 2015 bei 72,3 Punkten, während er im Juni bereits auf 53,9 Punkte gefallen war. Seither wird er interessanterweise nicht mehr veröffentlicht. Aber man kann davon ausgehen, dass er derzeit noch deutlich unter den Werten von Juni 2015 liegt!

Energie Steiermark zählt zu den teuersten Anbietern

Vergleicht man die Haushaltspreise für Gas der verschiedenen großen Anbieter, stellt man fest, dass die mehrheitlich im Landesbesitz befindliche Energie Steiermark zu den teuren Anbietern zählt. Bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 15.000 kWh/Jahr zahlt man bei der Energie Steiermark um 86 Euro mehr an Energiepreis als bei der niederösterreichischen EVN. Laut aktuellem Gaspreiskalkulator kosten diese 15.000 kWh bei der Energie Steiermark ohne Rabatte 516,60 Euro, bei der EVN lediglich 430,50 Euro. Auch die Gasdiskont, sie ist im Besitz der Energie Oberösterreich, ist billiger als die Steirer. Hier zahlt man für dieselbe Menge 454,14 Euro. Die EVN-Tochter Switch-Erdgas verlangt gar nur 375 Euro. Da fragt man sich zu Recht: Was macht die EVN besser? Angesichts dieser Zahlen ist die Forderung an die Energie Steiermark nach einer Gaspreissenkung für Haushalte um rund 20 Prozent mehr als gerechtfertigt!

MEINUNG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg

Es gibt genug Gründe, den Gaspreis zu senken

Es wäre höchst an der Zeit, dass die Steirerinnen und Steirer wieder Herr im eigenen Haus der Energie Steiermark werden. Immerhin ist dieses Unternehmen zu rund 75 Prozent im Besitz des Landes. Ein Viertel gehört seit kurzem einer australischen Investmentbank. Leider hat der Landtag Steiermark wenig zu plauschen. Die Vorstände der Energie Steiermark AG machen, gedeckt durch den formellen Eigentümervertreter, Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer (SPÖ), was sie wollen. Da können die Bedürfnisse der steirischen Haushalte schon einmal auf der Strecke bleiben. Wie jetzt bei der Entwicklung der Gaspreise. Diese sind auf den Großhandelsmärkten laut Gaspreisindex

während des letzten Jahres mehr als halbiert worden. Die Energie Steiermark hat im April 2015 eine Senkung um 10 Prozent durchgeführt. Allein seit diesem Datum sind die Preise an den Gashandelsplätzen um 45 Prozent gesunken. Die niederösterreichische EVN ist bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 15.000 kWh im Jahr um aktuell 86 Euro billiger als die Energie Steiermark. Ich frage mich, was die EVN besser kann als „unsere“ Energie Steiermark. Höchste Zeit, dass der Landtag Steiermark sich wieder mehr Mitsprache im Sinne der steirischen Haushalte bei der Energie Steiermark erkämpft.

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670

Runter mit dem Gaspreis!

Hände weg von der Mindestsicherung!

Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, die Arbeitseinkommen sind zu niedrig

Österreich steht am Rand der Zahlungsunfähigkeit. ÖVP, SPÖ und die FP überbieten sich im Wettbewerb der Ideen, wie man Geld bei den finanziell Schwachen holen kann. Nun hat man die Zielgruppe der Mindestsicherungsbezieher für die Geldeintreibung ausgemacht.

Erst vor wenigen Jahren wurde die Mindestsicherung als positive Reform gefeiert, obwohl sie in der Steiermark gegenüber der zuvor

geltenden Sozialhilfe eine Verschlechterung darstellte. Tatsache ist, dass die meisten Bezieher der Mindestsicherung arbeiten, aber so wenig verdienen, dass sie davon nicht leben können.

Die Einführung der Mindestsicherung verschärfte den Druck, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Die Zumutbarkeitsbestimmungen zur Aufnahme von Arbeit wurden ausgeweitet, sodass die Leistung schrittweise auf die Hälfte und im Einzelfall auf Null reduziert werden kann.

Einkommen zum Auskommen?

In der Wirtschaftskrise steht man plötzlich wieder vor dem Dilemma, dass in manchen Jobs nicht mehr zu verdienen ist, als die Mindestsicherung ausmacht. Heute verdienen 25 % der unselbständig Beschäftigten (Vollzeit) weniger als 1.277 Euro im Monat, 10 % verdienen sogar weniger als 721 Euro. 25 Prozent der Teilzeitbeschäftigten verdienen monatlich weniger als 656 Euro. In den Jahren 1995 bis 2012 verlor das unterste Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen 34 Prozent seines Einkommens, was einem Rückgang von 2,9 auf 1,9 Prozent der gesamten erwirtschafteten Einkommen entspricht. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Löhne und Gehälter in Österreich sind generell zu niedrig. Der Skandal ist, dass es viele Menschen gibt, die

für ihre Arbeit weniger bezahlt bekommen als die Mindestsicherung ausmacht. Sinkt die Mindestsicherung, werden auch die Löhne und Gehälter weiter sinken, weil dann noch mehr Menschen gezwungen sind, extrem schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Hier wird eine Spirale des Lohndumpings in Gang gesetzt. Es geht um die Etablierung eines Niedriglohnsektors in Österreich.“

Eine Kürzung der Mindestsicherung wird die Budgetprobleme nicht lösen.

Rekordarbeitslosigkeit

Es sind die zu geringen Löhne und Gehälter, die für die arbeitenden Menschen besonders im unteren Bereich der Einkommen sinkende Kaufkraft und für die sozialen Sicherungssysteme sinkende Beiträge bedeuten. In der Steiermark sind 60.000 Menschen arbeitslos gemeldet oder in Schulungsmaßnahmen.

Billigjobs sind keine Alternative zu gerechten Arbeitseinkommen, die die Produktivität unserer Wirtschaft widerspiegeln.

Keine Kürzung!

Die KPÖ lehnt eine Kürzung der Mindestsicherung entschieden ab. Vielmehr sollte sie auf das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe angehoben und 14mal pro Jahr ausbezahlt werden. Unseriös ist die Vermischung der Mindestsicherung mit dem Thema Integration.



2014 lag die Zahl der offiziell Armutsgefährdeten bei 156.000. Jeder siebente Steirer ist also armutsgefährdet.

Jedes sechste Kind in Österreich wächst in Armut auf, die Eltern können sich Wohnung, Heizung und Essen nur mit Mühe leisten. Die Zukunftschancen dieser Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Situation oft ausgegrenzt werden, sind stark beeinträchtigt.

Landeshauptmann Schützenhöfer bereitet eine weitere Kürzung auf dem Rücken von Kindern vor, indem er Kinder nicht mehr extra berücksichtigt. „In der Steiermark hat die Armut von Kindern und Jugendlichen schon lange eine beschämende Dimension angenommen“, sagt KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler dazu.

Fakten zur Mindestsicherung

Die durchschnittlich ausbezahlte Mindestsicherung beträgt 310 Euro pro Person bzw. 520 Euro pro Haushalt. Denn 66 Prozent der Bezieher erhalten die Mindestsicherung nur als Aufzahlung auf ein vorhandenes, zu geringes Einkommen.

Wer von der Mindestsicherung leben muss, hat nach Abzug der Fixkosten pro Tag gerade 4 Euro für Essen und alle Güter des täglichen Bedarfs übrig.

Höchstens 210 Euro sieht die Mindestsicherung für Miete vor.

Die Mindestsicherung wird nur mehr zwölf-, und nicht wie die Sozialhilfe 14mal pro Jahr ausbezahlt.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 877 5102

www.mindestsicherungsrechner.at



Geben statt nehmen
Claudia Klimt-Weithaler



Mindestsicherung: Märchen und Wahrheit

In der Steiermark herrscht Rekordarbeitslosigkeit. Im Jänner 2016 waren über 64.000 Steirer auf Arbeitssuche oder in Schulungen. Gleichzeitig stagnieren oder sinken die Einkommen.

Die frühere rot-grüne deutsche Regierung unter Kanzler Schröder hat es vorgemacht: Durch die Kürzung der Sozialleistungen auf ein extrem niedriges Niveau (Hartz IV) wurden immer mehr Menschen in Billigjobs gedrängt. Deutschland wurde zum Niedriglohnland. Die größte Migrantengruppe in Österreich sind heute die Hartz IV Flüchtlinge. „Das ist der falsche

Märchen: Menschen, die Mindestsicherung beziehen, sind faul und wollen nicht arbeiten.

Wahrheit: Um Mindestsicherung beziehen zu können, muss man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dabei gibt es zu wenig bezahlte Arbeit.

Märchen: „Wir“ (Politiker) können uns die Mindestsicherung nicht leisten!

Wahrheit: Im September 2014 haben 184.298 Menschen in Österreich Mindestsicherung bezogen. Österreichweit wurden 2013 knapp 600 Millionen Euro ausbezahlt. Das sind 0,8 Prozent des 75 Milliarden Euro Budgets.

Märchen: Jeder bekommt 837 Euro monatlich Mindestsicherung.

Wahrheit: Die durchschnittliche Höhe der in Österreich ausbezahlten Mindestsicherung beträgt nicht € 837,00 – das wäre das Maximum – sondern nur rund € 300,00. Wer Teilzeit arbeitet bekommt entsprechend weniger.

Märchen: Der Großteil der Beziehler von Mindestsicherung sind „Asylanten“.

Wahrheit: Asylwerber sind nicht bezugsberechtigt, sie erhalten lediglich eine geringe Grundversorgung vom Bund. Erst wenn Asyl gewährt wird, entsteht auch Anspruch auf Mindestsicherung.

Weg: Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, die Arbeitseinkommen sind zu niedrig! Wir brauchen keinen sozialen Kahlschlag, sondern Löhne, von denen man leben kann; betont KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Empfänger der Mindestsicherung werden oft als „Sozialschmarotzer“ dargestellt, die sich in die „soziale Hängematte“ legen, weil sie keine Lust haben, arbeiten zu gehen. Die Realität sieht anders aus. Die KPÖ hat verschiedene Märchen zur Mindestsicherung unter die Lupe genommen und den Wahrheitsgehalt überprüft.

Märchen: Eine Familie, in der ein Elternteil arbeitet und wenig verdient, bekommt weniger als Mindestsicherungsbezieher.

Wahrheit: DAS IST NICHT SO! Wenn der Verdienst unter dem Mindestsicherungsrichtsatz liegt hat eine Familie den Anspruch, die Differenz als Mindestsicherung zu beziehen.

Die ÖVP fordert Kürzung der Mindestsicherung

Der ÖVP-Klubobmann im Nationalrat, Reinhold Lopatka, hat gefordert, die Mindestsicherung mit 1.500 Euro zu deckeln, egal wie groß eine Familie ist.

Was dieser Vorschlag bedeuten würde in Zahlen:

Der Mindestsicherungsrichtsatz für ein Ehepaar beträgt € 1.256,64 Der Kinderrichtsatz beträgt pro Kind € 159,17 das sind bei 2 Kindern € 318,34. Ein Ehepaar mit zwei Kindern hat also einen Richtsatz in der Höhe von € 1.574,98 Nach Lopatkas Vorschlag würde also bereits eine Familie mit 2 Kindern der „Deckelung“ zum Opfer fallen.

Weiters wird eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen wie z.B. Essen, Energie, Weiterbildung gefordert und zwar im Verhältnis 50:50. Diese Forderung bringt finanziell keine Ersparnis. Aber es würde die Betroffenen ausgrenzen, wenn sie mit dem Gutschein eines Lebensmittelkonzerns einkaufen gehen müssen.

Wieder Schulschließungen KPÖ: Steirische Schulen erhalten!

Über 40 steirische Schulen wurden in den letzten 5 Jahren geschlossen. Nun kündigt Schullandesrätin Ursula Lackner (SPÖ) an, dass bis zu 59 weitere Schulen gefährdet sind. Die KPÖ ist gegen Schulschließungen. Die kleine Dorfschule sorgt für mehr Lebensqualität für Kinder am Land.

Es kann doch nicht sein, dass Schulkinder die verfehlte Budgetpolitik des Landes ausbaden müssen. Die KPÖ will die steirischen Kleinschulen erhalten.

Erst wurden Schulschließungen

mit einer „Verbesserung der Qualität“ begründet, später war nur noch von „Einsparungspotenzialen“ die Rede.

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Die Schließung von Schulen hat viele negative Auswirkungen. Die Kinder müssen lange Schulwege in Kauf nehmen und die Gemeinden werden systematisch ausgehungert. Die Schule ist das Herz in vielen kleinen Gemeinden. Gerade in kleinen Schulen herrscht oft ein Klima, das einen Unterricht in hoher Qualität möglich macht.“



Protest zeigt Wirkung

Das LKH Eisenerz ist Schritt für Schritt ausgedünnt und mit Leoben zusammengelegt worden. Die Abschaffung der 24-Stunden-Ambulanz in Eisenerz war den Menschen zu viel. Mit einer Unterschriften- und Protestaktion im Sommer 2015 haben sie gezeigt, dass

sie sich nicht alles bieten lassen. Der Schulterschluss aller Parteien brachte etwas in Bewegung. Vizebürgermeisterin Anna Skender (KPÖ): „Jetzt warten wir auf das Angebot des Landes. Eines ist klar: Mit leeren Händen darf die Bürgermeisterin nicht aus Graz zurückkommen.“





MEINUNG

Von Gemeinderat Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des GLB

Massenarbeitslosigkeit – Her mit einer Obergrenze

2016 wird für Arbeitslose wieder kein gutes Jahr. Während die Bundesregierung tapfer bemüht ist, marode Banken mit unseren Steuern zu retten oder reiche und superreiche Bevölkerungsteile mit Steuer geschenken und -nachlässen bei Laune zu halten, schaut's bei unsereins nicht so toll aus. Ob die vielgepriesene Steuerreform der Superrenner wird, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass etwa 500.000 Menschen arbeitslos sind – Tendenz nicht fallend! Auch diejenigen, die Arbeit haben, müssen oft mit niedrigen Löhnen und Gehältern ihr Auslangen finden. Arbeit, von der man leben kann, ist in der Praxis immer öfter leeres Gerede.

Es braucht also Druck von unten. Wir arbeitenden Menschen, Arbeitslosen, Jugendlichen und Pensionisten müssen die Politik fordern. Auch diejenigen in der SPÖ, die vor Wahlen immer „soziale Gerechtigkeit“ trompeten und danach alles vergessen.

Es ist höchste Zeit, dass mehr Budgetmittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit locker gemacht werden.

Von Obergrenzen bei Flüchtlingen reden alle – wir brauchen aber Obergrenzen bei der Arbeitslosigkeit.

Kurt Luttenberger

Verkehrsverbund: Erhöhung aussetzen! Teure Tarife – Das muss nicht sein

Der öffentliche Verkehr in der Steiermark ist viel zu teuer. Jahr für Jahr steigen die Tarife deutlich stärker als die Inflationsrate. Das muss nicht sein. In Graz gibt es eine günstiges Jahresticket für 228 Euro – leider nur für Menschen mit dem Hauptwohnsitz in Graz.



Alljährliche Verkehrsverbund-Preiserhöhung: Das müsste nicht sein!

Es war ein großer Verhandlungserfolg der KPÖ in Graz. Seit 2015 gibt es die verbilligte Jahreskarte für die Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Das Ergebnis: Im Jahr 2014 verzeichneten die Graz Linien 14. 000 Jahreskarten zum Preis von 399 Euro. Ende Dezember 2015 waren 34. 000 Jahreskarten um 228 Euro verkauft worden. Das neue Angebot hat sich auch positiv auf die Fahrgastzahlen ausgewirkt. Bis Ende 2015 zählte man 114 Millionen Fahrgäste, ein Plus von 6,4 Prozent.

Die Menschen in den Grazer Umlandgemeinden müssen sich als Verkehrsteilnehmer zweiter Klasse vorkommen. Die Jahreskarte kostet für zwei Zonen bereits 579 Euro! Einige Gemeinden rund um Graz zahlen ihren Bürgern zwar die Differenz zur Grazer Jahreskarte zurück. Das ist aber ein bürokratischer Aufwand.

Erhöhung 1. Juli

Mit 1. Juli 2016 steht ein weiterer Tarifschub bevor. Die KPÖ hat im Landtag gefordert, diesmal die Erhöhung auszusetzen, die sicher etwa drei Prozent ausmachen würde. Diese automatisierte Preiserhöhung ist in Hinblick auf die Entwicklung der durchschnittlichen Nettomonatsbezüge unselbständig

Erwerbstätiger in der Steiermark, die in den letzten Jahren unter der jeweiligen Jahresinflationsrate lag, untragbar.

Die jährliche Preiserhöhung wird damit begründet, dass die Verkehrsunternehmen allfällige steigende Kosten abdecken müssen. Als Beispiel werden unter anderem die Kosten für Treibstoff genannt.

Benzin und Diesel sind in den letzten Monaten aber nicht teurer, sondern deutlich billiger geworden!

Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und eines Feinstaubnotstandes im Großraum Graz ist eine Teuerung unzumutbar. Treue Kunden, insbesondere Pendler, werden bestraft, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Diese völlig entgleiste Tarifpolitik der Bevölkerung muss endlich gestoppt werden.“

Die KPÖ setzt sich dafür ein, die geplante Tariferhöhung zurückzuweisen, sowie auf eine Vertragsänderung zu drängen, die die bislang eingeräumten jährlichen Preisanhebungen zurücknimmt.

VORSCHLÄGE DER KPÖ

- Aussetzung der Preiserhöhung 2016
- Top-Ticket für Zivil- und Grundwehrdiener
- Top Ticket für alle Menschen unter 26.

Zeitreise

Krisenrezepte

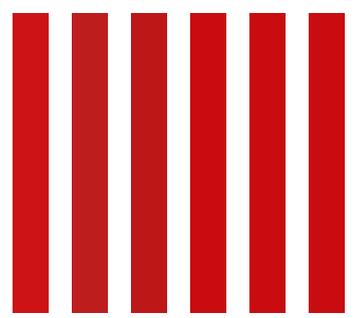
In der Krise kürzt die Regierung bei den Sozialleistungen. Banken und Profite werden geschont. Und für den Zorn der Menschen gibt es Blitzableiter: Menschen, die anders sind. Das alles ist nicht neu. Vor mehr als 80 Jahren ist es in Österreich schon ganz ähnlich abgelaufen.

Arbeitslose, Pensionisten, Miagranten, Mindestsicherungsempfänger, sie alle kommen „uns“ zu teuer. Das sagen Parteien wie FP, und ÖVP, aber immer öfter auch Politiker der SPÖ, das trommeln die Medien fast jeden Tag.

Ein Kürzungsvorschlag nach dem anderen kommt auf den Tisch. Gleichzeitig schont man die Großunternehmer und stützt Banken mit Milliardensummen.

Mir kommt das bekannt vor: In der großen Krise der Dreißigerjahre des 20. Jahrhunderts hat der Weg in den Untergang in Österreich ebenfalls damit begonnen.

Nach dem Zusammenbruch des Creditanstalt-Bankvereins, die damals eine ähnlich „systemrelevante Bank“ war wie 2008 die Hypo Alpe Adria, kannte der Sozialabbau keine Grenzen. Der österreichische Staat und die Nationalbank übernahmen 70% der Verluste. Der größte Teil der Verluste wa-



in die 1930er Jahre

wie damals – wiederholt sich die Geschichte?

ren faule Kredite, also Kredite, die der Bank mit dem einbrechenden Wirtschaftsabschwung nicht mehr zurückbezahlt werden konnten.

Senkung der Löhne

Es ging den Unternehmern jetzt darum, im Schatten der Krise den „revolutionären Schutt“ – das damalige Sozialsystem wegzuräumen. Der marxistische Wissenschaftler Eduard März spricht im Aufsatz „Die große Depression in Österreich 1930-1933“ davon, dass sich die Herrschenden einen Ausweg aus der Krise „hauptsächlich von einer Senkung des Lohnniveaus und einer Schmälerung der sozialen Leistungen erhofften.“ Der Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) war schon 1929 sehr deutlich geworden: Er forderte einen rigiden Sozialabbau bei gleichzeitiger drastischer Senkung der Steuern und Abgaben für die Unternehmen sowie mit dem Begriff einer „Verwaltungsvereinfachung“ propagierte Maßnahmen eines nachhaltigen Demokratieabbaus.

Kommt einem das nicht bekannt vor?

Das **Budget-Sanierungsgesetz**, das wegen der Bankenkrise 1931 (auch mit Zustimmung der SPÖ) beschlossen wurde, sah u.a. vor: Die Kürzung der Beamtengehälter und der Einkommen der Eisenbahnbediensteten, die Anhebung des Pensionsbeitrages der Beamten, die Erhöhung der Steuersätze der Bier- und Zuckersteuer, die Einführung einer Krisen-, Benzin- und Zuckersteuer und die Senkung der Sachausgaben.

Ausgesteuert

Dazu kam noch die Kürzung des Bundeszuschusses zur Arbeitslosenversicherung und die Aussteuerung von Langzeitarbeitslosen. Auf dem Höhepunkt der damaligen Wirtschaftskrise



Foto: Unbekannt, commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=616762 Vienna1938

Die Krisenpolitik der 1930er Jahre endete mit der grausamen Unterdrückung von Österreichern.

waren in Österreich 557.000 Arbeitslose registriert. Nur 328.844 von ihnen erhielten noch eine Unterstützung. Mehrere Novellen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes brachten schrittweise weitere Leistungskürzungen. Wer noch eine Arbeit hatte, musste drastische Einbußen – bis zu 60 Prozent – in Kauf nehmen.

Für Langzeitarbeitslose gab es eine Art von Arbeitsdienst. Die Höhenstraße auf den Kahlenberg in Wien wurde auf diese Art und Weise gebaut.

Als „Störfaktoren“ sah der Ideologe dieser Politik, Ludwig von Mises, Gewerkschaften und Staatseingriffe. Sie wären die wahren Verursacher der Wirtschaftskrise.

Und rechtsradikale politische Kräfte fanden bald ein Feindbild: Die Fremden, die den Einheimischen die Arbeit wegnehmen würden. Damals waren das vor allem die Juden.

Wortwörtlich

Die Folgen: Ausschaltung des Parlaments, Bürgerkrieg, Diktatur, Nazis, Untergang Österreichs.

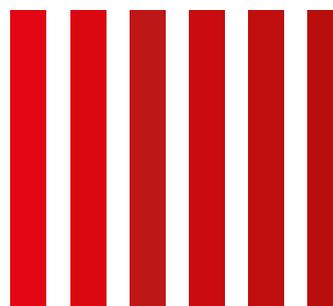
Ein Aufpasser des Völkerbundes, Rost van Tonningen, notierte

in sein Tagebuch: „Zusammen mit dem Kanzler und dem Nationalbankpräsidenten Kienböck haben wir die Ausschaltung des österreichischen Parlaments für notwendig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte.“

Wenn Politiker oder Medien heutzutage davon sprechen, dass die Mindestsicherung zu hoch wäre, wenn Think-Tanks die „Überregulierung“ oder die Kosten für das Pensionssystem und die Sozialleistungen für die Krise verantwortlich machen, wissen sie meist nicht, dass sie fast wortwörtlich die Argumente ihrer Vorgänger aus den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts wiederholen.

Die Geschichte darf sich aber nicht wiederholen.

Franz Stephan Parteder



Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 882,78
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.323,58
Erhöhung pro Kind:€ 136,21

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 837,76
Volljährige im gemeinsamen Haushalt.....€ 628,32
ab 3. volljährige Person:€ 418,88
1. bis 4. Kind:€ 159,17
ab dem 5. Kind:€ 192,68

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)
Rezeptgebühr 2016: € 5,70/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze € 415,72/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/Telefontgeltzuschuss (netto):

1 Person:€ 988,71
2 Personen:€ 1482,41
für jede zusätzliche Person im Haushalt: € 152,56

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 170,20;
über 3J: € 178,00, über 10J: € 197,20,
über 19J: € 220,40

Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern jeweils um € 6,90, bei 3 um € 17, bei 4 um € 26, bei 5 um € 31,40, bei 6 um € 35, bei 7 um € 51. Im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld :

Stufe 1:€ 157,30
Stufe 2:€ 290,00
Stufe 3:€ 451,80
Stufe 4:€ 677,60
Stufe 5:€ 920,30
Stufe 6: ...€ 1285,20
Stufe 7: ...€ 1688,90

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16,
8010 Graz
Tel. 0316 / 877-5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



Diese Flüchtlinge kommen uns sehr teuer...

... sie bleiben aber unsichtbar – Steuerflucht kostet jährlich 150 Mrd. Euro

Wochenlang sahen wir jeden Tag lange Schlangen von Menschen auf der Flucht vor dem Krieg an den verschiedenen Grenzen. Diese Flüchtlinge kann jeder sehen. Viele von uns haben Angst vor den Folgen dieser massenhaften Wanderung. Manche Parteien verstärken diese Angst noch, weil sie damit Wahlen gewinnen wollen.

Was wäre aber, wenn alle Leute sehen könnten, wie das Geld aus ihren Taschen gezogen wird und stündlich Massen von Geldscheinen über die Grenzen wandern: In die Steueroasen. Diese Flucht geht ganz diskret vor sich. Es ist die Steuerflucht. Sie wird von den Reichen und Mächtigen betrieben. Deshalb soll die Mehrheit der Bevölkerung nichts davon erfahren. Auch die FPÖ ist ganz still, wenn es um diese Art der Flucht geht.

6,1 Billionen Euro

Die Fakten: 6,1 Billionen Euro liegen in Steueroasen. Rund

ein Drittel dieses Geldes stammt aus Europa: 2,03 Billionen Euro! Das ist eine dreizehnstellige Zahl – über 2.000 Milliarden Euro!

Für die betroffenen Staaten bedeutet dies einen jährlichen Steuerausfall in der Höhe von 150 Mrd. Euro. Im Unternehmensbereich erleichtert die Internationalisierung globaler Konzerne, ihre Gewinne in Niedrigsteuereuländer zu verschieben und so ihre Steuerleistung zu minimieren. Berichte über in Luxemburg operierende Firmen machten deutlich, dass viele Konzerne Gewinne innerhalb des eigenen Unternehmens verschieben, um sie künstlich kleinzurechnen und den Rest am Standort mit dem niedrigsten Steuersatz zu versteuern. Sie tragen glanzvolle Namen: Google, Apple, Starbucks, Amazon, Ikea etc. Bereits zwei Drittel des grenzüberschreitenden Handels



monaco andersphoto fotolia.com

„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich“

Mit diesem Geld könnte man viele Probleme bei uns daheim und in den Ländern des Südens lösen. Das passiert aber nicht. Warum? Der Reichtum der Wenigen ist die Folge der Armut von vielen.

erfolgt innerhalb von Konzernen und mehr als die Hälfte des Welt Handels fließt über Steueroasen. Allein IKEA erspart sich dabei eine Milliarde Euro.

Die Kapitalflucht wäre ohne Hilfe von Privatbanken und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nicht möglich. „The Big Four“ der Wirtschaftsprüfungsunternehmen Deloitte, Pricewaterhouse Coopers, Ernst&Young und KPMG sind die bedeutendsten Akteure im System der Steuervermeidung. Und sie kassieren für ihre Dienste riesige Summen.

Ein Prozent ist superreich, während 99 Prozent dafür existieren und arbeiten, dass die Reichen immer reicher werden.

Und wer sollte etwas dagegen unternehmen? Die EU? Kommissionspräsident Juncker hat als Ministerpräsident von Luxemburg alles getan, damit die Konzerne ein Steuerschlupfloch nach dem anderen gefunden haben.

Und Österreich

Unsere Regierung? Finanzminister Schelling kennt alle Tricks. Er hat als Chef von XXXLutz davon profitiert. Und er wird am Grundübel nichts ändern.

Oskar Lafontaine sagt: „Der Tisch für die Flüchtlinge muss von den Reichen gedeckt werden.“ Hartnäckige Integrationsverweigerer sitzen nicht nur in den Armenvierteln, sondern auch in den Villenvororten: Es sind die Reichen, die sich durch den Wegfall von Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben verweigern. Wer Steuerflüchtlinge verschont und gleichzeitig von der Mehrheit der Bevölkerung immer neue Opfer verlangt, der will die Probleme nicht lösen.

In den Steueroasen von den Kanalinseln bis Monte Carlo lässt sich noch gut leben. Die armen Flüchtlinge und Einwanderer werden dort nicht eingelassen: Nur die Reichen und ihr Vermögen. Und das bleibt unsichtbar.



womman in goldrain lassedesign fotolia.com

Das große Geld ist auf der Flucht vor dem Steuerzahlen. Während multinationale Großkonzerne immer mehr Geld in Steueroasen horten werden die Staaten mit Sparprogrammen ausgehungert.

MOOSKIRCHEN:

Die Sache mit der Hausapotheke

Nach dem plötzlichen Tod des Hausarztes von Mooskirche wurde ein „Ärztelhaus“ errichtet. Der neue Arzt, der dort eingezogen ist, war nur bereit die Praxis zu führen, wenn er eine Hausapotheke hat.

Jetzt legt sich die Apothekerkammer quer, weil der Mindestabstand zu bestehenden Apotheken nicht gegeben sei.

Das ist ein großes Problem in Mooskirchen: Ein praktischer Arzt wird dringend benötigt, es gibt zahlreiche autolose Personen hier, die nächste Apotheke ist in Voitsberg oder Lieboch.

Ob es aber sinnvoll ist, dafür einfach eine Straße zu sperren, wie das der Bürgermeister getan hat, das ist eine große Frage.

Richtwertmieten: Erhöhung ausgesetzt

Der österreichische Nationalrat hat per Gesetz die Aussetzung der Richtwertmieterhöhung beschlossen. Am 1. April 2016 wären die Mieten in bestimmten Altbauwohnungen um 2,6 Prozent angehoben worden.

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr begrüßte diese Kostenbremse im Wohnungswesen: „Wir sehen darin auch eine Frucht unserer Arbeit. Bereits am 27. November 2015 haben wir die Aussetzung der gesetzlich vorgesehenen Erhöhung verlangt und gesagt: „Angesichts der Entwicklung der Wohnungskosten ist dies ein unbedingter notwendiger Schritt.“

Gegen die Stimmen von ÖVP und FP hat auch der Grazer Ge-



meinderat am 21. Jänner 2016 diese Forderung erhoben. Es ist erfreulich, dass die Regierung darauf eingegangen ist und die Richtwertmieterhöhung aussetzt.“ Neben den Betriebskosten ist es vor allem das – selbst für Experten zusehends undurchschaubare – Richtwertge-

setz, das das Wohnen immer teurer macht.

Einheitliche Obergrenzen!

Deshalb fordert die KPÖ die Abschaffung des Richtwertmietsystems zugunsten einheitlicher, niedrigerer Mietzinsobergrenzen.

EU: Geld spielt keine Rolle Neues Dienstautoservice

10,5 Millionen Euro pro Jahr. Das soll ein neues Dienstautoservice für die EU-Abgeordneten kosten. Damit steigen die Kosten für den Transport der Parlamentarier um 3,7 Millionen Euro bzw. 54 Prozent. Als offizieller Grund für die Kostensteigerung werden Sicherheitsvorkehrungen angegeben.

Bisher wurden für Dienstfahrten der EU-Parlamentarier in Brüssel und Straßburg immer wieder extern Chauffeure angeheuert. Dies kostete jährlich 6,8 Millionen Euro, wie die englischsprachige Internetplattform publico berichtet.

Nun will man wegen der angespannten Sicherheitssituation einen eigenen Fuhrpark kaufen und Chauffeure fix anstellen.

In den Kosten von 10,5 Millionen Euro pro Jahr wären aber „Extras“ wie ein Alarmknopf, ebenso wie etwa auch die Ausrüstung mit Mobiltelefonen und Tablets, noch nicht enthalten. Die Kosten für die eigenen Uniformen der Chauffeure



Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main
Foto wikicommons

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments erhält eine Vergütung von 21.379 Euro pro Monat für Ausgaben wie: Assistenten-Gehälter, Verbrauchsmaterialien und Studien. Diese Summe soll um 1.500 Euro auf 22.879 Euro erhöht werden. Damit würde die jährliche Vergütung eines EU-Abgeordneten auf 275.000 Euro steigen. Die Gesamtkosten für alle EU-Abgeordneten in einer fünfjährigen Legislaturperiode erhöhen sich auf eine Milliarde Euro.

sind schon vorgesehen: 116.000 Euro im Jahr.

Die andere Seite ist: diese EU

schreibt den Mitgliedsländern Sozialabbau und Kürzungen am laufenden Band vor.

ZITIERT



Öffentliche Jobs für alle

Zentral wäre aber vor allem, dass jede und jeder ein existenzsicherndes Einkommen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt erzielen kann. Sir Anthony Atkinson, der große britische Doyen der Verteilungsökonomie, macht dazu in seinem aktuellen Buch einen interessanten Vorschlag: Wenn nicht genügend Jobs am Erwerbsarbeitsmarkt vorhanden sind, dann muss der öffentliche Sektor eben allen Menschen, die einen Job haben wollen, einen im öffentlichen Sektor garantieren. Denn die Arbeit geht unserer Gesellschaft auch in Zukunft nicht aus (man denke nur an den großen Pflege-, Hilfs- und Betreuungsbedarf für unterschiedliche Gruppen, nicht zuletzt für Flüchtlinge), enden wollend ist lediglich die Bereitschaft, für diese Arbeit auch zu bezahlen. (Karin Heitzmann, 5.2.2016)

derstandard.at/2000030472799/Mindestsicherung-Zu-viel-zu-wenig-ganz-das-Falsche

Für eine Politik, die nicht abkassiert

Tag der offenen Konten

Während die Arbeitslosigkeit steigt und die Einkommen schwächeln, gibts für Politiker fette Gagen. Die KPÖ geht einen anderen Weg.

Ende 2015 legten die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordneten die Verwendung ihrer Gehälter des Jahres 2015 offen. Sie haben mit 123.800 Euro 1.077 Menschen in Notlagen unterstützt.

Insgesamt wurden bisher 1.712.984 Euro an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt.

Auf eine halbe Million verzichtet

Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, gilt bei der KPÖ, dass ein Großteil der Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird. „Als ich das erste Stadtratsgehalt auf mein Konto bekommen habe, wurde mir erst so richtig bewusst, wie viel das ist“, erinnert sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr an die Anfangszeit ihrer Funktion als Stadträtin. „Mehr als 5000 Euro jeden Monat bekommt ein Stadtrat

in Graz netto ausbezahlt. Alle drei Monate sind sogar 10.000 Euro – das ist so viel, wie manche das ganze Jahr nicht haben, obwohl sie genauso viel arbeiten“, gibt sie zu bedenken.

Stadträtin Kahr verbuchte am 7. November 2005 die erste Unterstützungsausgabe in ihrem Kassabuch: 109,75 Euro für die Vergebührung eines Mietvertrages. Seither hat Elke Kahr von ihrem Gehalt 544.417,45 Euro an rund 5.600 Grazer spendet.

Nie abgehoben sein

„Wie es Menschen in Not geht, kann man nur verstehen, wenn sich der eigene Bezug nicht von jenem normaler Einkommensbezieher abhebt“, sagt Kahr. So machen es auch die beiden Landtagsabgeordneten



Zum 18. Mal legten die steirischen KPÖ-Mandatäre am „Tag der offenen Konten“ am 28.12.2015 die Verwendung ihrer Polit-Bezüge offen. 2015 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg insgesamt € 123.801,96 zur Unterstützung von 1077 in Not geratenen Personen und Familien zur Verfügung gestellt.

der KPÖ. Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler verwenden den Großteil ihres Polit-Einkommens zur Unterstützung in Not geratener Steirer.

Gegenseitige Hilfe

Vor einer Notlage ist niemand gefeit. Betroffen sind junge und ältere Menschen gleichermaßen, oft infolge von Arbeitsplatzverlust, plötzlicher Erkrankung oder Trennung. Bewundernswert findet Elke Kahr, wie viele vom Schicksal hart getroffene Menschen ihr Los meistern: „Ich habe viele großartige Menschen getroffen, die anderen Mut machen können, Menschen, die sich unter schwierigsten Verhältnissen selbst beim Schopf packen und sagen, es geht weiter!“

Nachhaltige Unterstützung

Finanzielle Unterstützungen machen nur einen kleinen Teil der Hilfestellungen aus. Die KPÖ bemüht sich auch mit Rat und Tat zu helfen und bietet daher Beratung vor allem in sozialen Fragen an.

Dass die Soforthilfe vor dem Hintergrund der politischen Realität nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, weiß Werner Murgg: „Wir brauchen Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen, Gehälter, von denen man leben kann“, sagt der KPÖ-Landtagsabgeordnete. „Dafür steht unsere Politik. Aber wir wollen die Menschen nicht auf später vertrösten, sondern mit unserer tagtäglichen Hilfe unmittelbar für sie da sein.“

Tag der offenen Konten 2015: Elke Kahr, Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg

Verwendungszweck	Betrag €
Unterstützung für Lebensbedarf, Gesundheit (Schulkosten, Bekleidung, Begräbniskosten, Heilbehelfe, Spitals- und Arztkosten, Bädergutscheine)	47.604,98
Wohnungssanierungen	2.466,52
Übernahme von Mieten und Rechtsanwaltskosten, um Delogierungen zu vermeiden	30.000,60
Strom- und Heizkosten	11.489,85
Möbel und E-Geräte	3.050,00
Kauttionen, Mietvertragsgebühren	16.894,01
Spenden	50,00
Finanzierung Mieternotruf	12.240,00
Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 1077 unterstützte Personen	123.795,96

Grazer Brutto-Politikerbezüge ab 1.1.2016

Bürgermeister Graz – Siegfried Nagl	13.461 €
Vizebürgermeisterin Graz – M. Schröck	11.291 €
Stadtrat / Stadträtin Graz	10.422 €
Gemeinderat / Gemeinderätin Graz	1.998 €

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!

KPÖ wirkt!

Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

Invaliditätspension – Rehabilitationsgeld

Bessere Rehabilitationsmaßnahmen, ein leichter Wiedereinstieg ins Berufsleben – diese verheißungsvollen Versprechungen begleiteten die Ankündigung der Einführung des Reha-Geldes anstelle der befristeten Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension für alle vor 1964 Geborenen ab Jänner 2014.

Jetzt – zwei Jahre später – ist klar: Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen finden kaum

statt. Im gesamten Jahr 2014 kamen von 12.500 Rehabilitationsgeldbeziehern nur 734 in ihren Genuss. Und Umschulungen sind die absolute Ausnahme: Von 17.500 Rehabilitationsgeld-Beziehern haben bis August 2015 lediglich 90 Personen an Umschulungsmaßnahmen teilgenommen. Für alle anderen Betroffenen bedeutet das Reha-Geld nur eines: ein Viertel weniger an Bezügen gegenüber Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditäts-Pensionisten.

Hinter der beschönigenden

Bezeichnung „Reha-Geld“ verbirgt sich ein Kürzungspaket für Kranke

und Invalide. Die aktuelle Statistik bestätigt dies leider nur zu deutlich.



Hoch der 1. Mai

KPÖ ruft zu Demonstration und Maifest auf

Angesichts der rapiden Durchlöcherung des Sozialstaates ist es wichtiger denn je Protest gegen die neoliberale Regierungspolitik auszudrücken. Nutzen wir dazu den traditionellen Tag der Arbeit.

Heraus zum 1. Mai. Demonstrieren Sie mit uns für Arbeit und Frieden für alle!

Im Anschluss gibt es ein Maifest im Volkshaus Graz mit Original Union Bar und Binder & Krieglstein.

Sozialratgeber der KPÖ



Informationen und Adressen zu Themen Arbeit, Gesundheit, Soziales, Behinderung, Gewalt, Scheidung, Pension, Sucht, Pflegegeld, Umwelt, Verkehr, Wohnen...

Der Sozialratgeber kann kostenlos beim KPÖ-Gemeinderatsklub Graz (0316/872-2153) bestellt werden. Die PDF-Version steht auf www.kpoe-graz.at zum Download zur Verfügung.

1. Mai 2016

Elke Kahr **KPÖ**

ARBEIT und
FRIEDEN
für alle



Demonstration und Maifest

Graz – 1. Mai 2016, Treffpunkt 10 Uhr Südtirolerplatz
ab 13 Uhr Fest Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

mit „Original Union Bar“ – Binder & Krieglstein
internationale Küche

Beispiel Graz: Eine starke KPÖ ist gut für die Leute

Die Landeshauptstadt Graz und das Umland sind fast zusammengewachsen. Bei der Stadtgrenze gibt es aber einen Unterschied: In Graz gibt es eine starke KPÖ. In den Gemeinden rund um Graz ist das noch nicht gelungen. Deshalb haben die sozialen Anliegen vieler Menschen dort keine Stimme.

Seit 1998 ist die KPÖ in der Grazer Stadtregierung vertreten. Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben als Stadträte viel für die Menschen erreicht und immer gemeinsam mit der Bevölkerung gehandelt. Ihr Motto war und ist: „Helfen statt reden“.

So gibt es in Graz das Zuzahlungsmodell für Mieter von Gemeindewohnungen. Niemand muss mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für das Wohnen (inklusive Betriebskosten) aufwenden. Der Verkauf der Gemeindewohnungen und andere Privatisierungen konnten abgewendet werden.

Bei den Verhandlungen um das Grazer Kommunalbudget für die Jahre 2015 und 2016 hat man ÖVP und SPÖ wichtige Zugeständnisse abgerufen. Darin enthalten war die verbilligte Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer um 228 Euro. Das Angebot wurde zur Erfolgsgeschichte. Stadträtin Elke Kahr: „Wir werden alles dafür tun, dass diese Jahreskarte auch in Zukunft angeboten wird.“

Auch auf anderen Gebieten hat es sich der Einfluss der KPÖ positiv ausgewirkt. Kanal- und Müllgebühren sind 2015 und 2016 nicht erhöht worden. Die von ÖVP, SPÖ und FP beschlossenen automatischen Anhebungen dieser Tarife wurden ausgesetzt. Die Parteienförderung wurde leicht gekürzt. Das Programm zum Ankauf von Grundstücken für neue Gemeindewohnungen kommt voran.

Elke Kahr: „Die Richtung der Politik haben wir nicht ändern können. Wir haben aber einige Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht. Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen.“



Ein Bad für jede Gemeindewohnung: Dieses Versprechen von Elke Kahr ist mittlerweile eingelöst.

Privatisierung Post: Filialnetz weiter ausgedünnt

Nicht nur Schulen, Spitalsabteilungen, Nahversorger und Gemeindeämter sind in den vergangenen Jahren nach und nach verschwunden. Auch die Post AG dünnt ihr Filialnetz immer weiter aus.

Nun werden weitere Postfilialen geschlossen. Unter anderem trifft es Wildon, Neuhart und Fehring – eine Stadt mit 7.500 Einwohnern. KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler kritisiert: „Trotz steigender Gewinne und Dividenden für die Aktionäre wird das Netz konsequent ausgedünnt, auch nach

weit über 1000 geschlossenen Filialen. Die Vorgänge bei der Österreichischen Post AG zeigen, wohin die Privatisierungspolitik geführt hat.“



- Die Zahl der Beschäftigten sank von 35.493 (1999) auf 23.912 (2014).
- Der Gewinn (EBIT) stieg von 28 Mio. (2003) auf 197 Mio. Euro (2014).
- Die Dividende pro Aktie stieg von 0,51 EUR (2003) auf EUR 1,95 (2014).

KPÖ-Kritik an Versorgungsposten für Ex-VP-Landesrätin als „Gesundheitsplanerin“

Mit Kristina Edlinger-Ploders Wirken als Gesundheitslandesrätin verbindet die steirische Bevölkerung vor allem die Einführung des Pflegeregresses und die Teilschließung zahlreicher Spitäler. Der Unmut gegen ihre Politik war so groß, dass sie noch vor Ende der letzten Periode aus dem Verkehr gezogen wurde.

Nun wird sie per Dringlichkeitsbeschluss der Landesregierung nach einer Episode im Universitätsbetrieb wieder als „Gesundheitsplanerin“ im mächtigen Gesundheitsfonds beschäftigt – als Teilzeitkraft. Daneben, das gab sie schon vorab bekannt, will sie ein zweites wirtschaftliches Standbein als „Beraterin“ aufbauen. Eine Vor-

gangsweise, die manche an einen Versorgungsposten denken lassen wird.

Für KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist diese Personalentscheidung bedenklich: „Edlinger-Ploder verkörpert wie kaum eine andere Person die selbstherrliche Politik der früheren ‚Reformpartner‘. Ihr gesundheitspolitisches Ziel war nicht die Sicherung und Verbesserung des steirischen Gesundheitssystems, sondern die größtmögliche Einsparung auf Kosten der Gesundheit. Das böse Erwachen wird für viele steirische Regionen erst kommen, wenn es außerhalb von Graz nur noch Notversorgung gibt – und selbst diese scheint keineswegs flächendeckend gesichert.“

Maria Cäsar: Kommunistin und Zeitzeugin feiert 95er

Als das Unterrichtsministerium in den 1980er Jahren begann, Zeitzeugen an die Schulen zu vermitteln, die Jugendliche über die Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den Widerstand informieren sollten, trat eine Frau ins Rampenlicht, die wie keine andere bei den Schülern ankam und deren Sprache und Denkmuster verstand. Die Rede ist von Maria Cäsar, die über Jahrzehnte als Zeitzeugin in den steirischen Schulen, aber auch in Erwachsenenbildungseinrichtungen tätig war. Was sie dort zu erzählen hatte und hat, ist ein Stück steirischer Zeitgeschichte der anderen Art.

Maria Cäsar wurde 1920 im heutigen Slowenien geboren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in Judenburg, wo sie sich der sozialdemokratischen Jugendorganisation Rote Falken anschloss. Nach den Februarkämpfen 1934 trat sie dem illegalen Kommunistischen Jugendverband (KJV) bei, der Widerstand gegen das austrofaschistische Regime leistete. Die Widerstandsgruppe des KJV blieb auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aktiv. 1939 wurde diese Gruppe von der Gestapo entdeckt und zahlreiche

Mitglieder im Frühjahr 1939 verhaftet. Maria Cäsar wurde 1941 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Dem kurzen Glück danach – Hochzeit und die Geburt des ersten Kindes – folgte mit dem Einrücken ihres Mannes an die Ostfront der nächste, diesmal private Schlag. Ihr Mann starb 1943.

Maria Cäsar knüpfte in der Folge Kontakte zu den jugoslawischen Partisanen und den Widerstandsgruppen in Judenburg. Als 1944 Mitglieder der Widerstandsgruppen verhaftet wurden, befürchtete sie, auch verhaftet zu werden und ging deshalb ohne ihr Kind zu den slowenischen Verwandten. Da ihr Name im Zuge der Einvernahmen nicht genannt wurde, bestand für sie keine Gefahr seitens der Gestapo und sie kehrte wieder nach Judenburg zurück.

1949 wurde ihr zweites Kind geboren. Ohne den Vater des Kindes, ging sie 1950 nach Graz, wo sie mit den Kindern in einer Baracke im Lendviertel wohnte. In Graz wurde sie innerhalb der KPÖ aktiv. So war sie u.a. Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in der Steiermark.

Seit das Bundesministerium für



Graz, Paulustorgasse. In den 1980er Jahren war antifaschistische Aufklärung Neuland für das offizielle Österreich. Maria Cäsar setzte hier erste Initiativen.

Bildung die Aktion „Zeitzeugen an die Schulen“ in den 1980er gestartet hat, ist und war Maria Cäsar eine jener Zeitzeuginnen, die in den steirischen Schulen ihre Erfahrungen an die Jugend weitergab. Als Vorsitzen-

de des steirischen Landesverbandes ehemals politisch Verfolgter (KZ-Verband) wirkte sie für jene Frauen und Männer, die während der Jahre 1934 und 1945 politisch verfolgt wurden.



Vorbild und Wegbegleiterin für viele Frauen in der KPÖ: vlnr. Claudia Klimt-Weithaler, Margitta Kaltenegger, Maria Cäsar, Elke Kahr und Ina Bergmann.



Maria Cäsar, 1934



Das Buch „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen. Maria Cäsar: Widerstandskämpferin und Zeitzeugin“ beleuchtet das bewegte Leben von Maria Cäsar.

CLIO: Graz 2006, ISBN-13: 978-902542-00-7, 164 Seiten mit zahlreichen Abb. Euro 12,00

Erhältlich im Buchhandel oder bei CLIO. Fax: 0316 / 720051, E-mail: verlag@clio-graz.net



Erzählte Geschichte:
Steirische Widerstandskämpfer im Gespräch:
<http://www.kpoe-steiermark.at/frieden-freiheit-oesterreich.phtml>

WIR ZIEHEN NICHT IN EUREN KRIEG!

Airpower 2016 absagen!

Anfang September 2016 soll es wieder eine „Airpower“ – eine Flugshow des Bundesheeres – geben. Hunderttausende Liter Kerosin werden wieder die Luft im Aichfeld belasten. Mehrere tausend Tonnen CO₂ werden wieder ihren „Beitrag“ zum Klimawandel leisten. Die Bewohner des Aichfeldes können sich auf wochenlangen Lärmterror einstellen. Das in einer Region, die durch andere Lärmquellen (Autobahn, Eurofighter, Red-Bull-Ring...) ohnehin stark belastet ist. Dazu kommt noch die Angst der Bevölkerung – immer wieder gibt es bei Flugschauen tödliche Unfälle.

In den letzten Jahren wurde die Airpower auf Grund von Einsparungen abgesagt. Die Budgetlage hat sich inzwischen nicht verbessert. Wenn es um Verbesserungen im Sozialsystem geht, heißt es, dass „wir“ sparen müssen. Bei der Airpower spricht man von Gesamtkosten von 3,6 Millionen Euro. Geld, das wohl besser für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden könnte.

Ex-SPÖ-Verteidigungsminister Gerald Klug erklärte: „Die Airpower ist Werbung und Übung für unsere Luftstreitkräfte und damit für das gesamte Bundesheer. Das bringt uns weit mehr als jedes Inserat, und darum sind die Kosten auch gerechtfertigt.“ Es stellt sich die Frage wozu das neutrale Österreich überhaupt Werbung für Luftstreitkräfte braucht? Die Eurofighter waren die teuerste militärische Beschaffung der Zweiten Republik. Die Skandale um ihre Finanzierung sind immer noch nicht aufgeklärt. Die Mehrheit der Österreicher war gegen diesen Aufrüstungsschritt.

Kosten: 3,6 Millionen

Was bei der Airpower gezeigt wird sind Waffen. Waffen, deren Wirkung wir fast jeden Tag im Fernsehen in den Krisengebieten dieser Erde, wie z.B. in Syrien, beobachten können. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Bomben – und in Österreich werden Millionen für eine Waffenschau verschwendet.



© fotolia.com zarg 404

Atombombenruine in Hiroshima. Der Kapitalismus führt in der Krise immer größere Kriege. Statt mit den Kriegshetzern mitzuhalten sollte es heißen: Wir ziehen nicht in Euren Krieg! Österreich muss neutral bleiben!

Angesichts der Kriege in der Welt wäre es angebracht, die mit Steuergeld in Millionenhöhe subventionierte Werbeshow der Rüstungsindustrie abzusagen. Die KPÖ hofft, dass zumindest das Land Steiermark das Spektakel nicht unterstützt und hat einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Das Land soll die zugesagten 1,2 Millionen Euro, ein Drittel des Gesamtbudgets der Veranstaltung zurückziehen.

2013 war auch Saudi-Arabien in der Steiermark vertreten – mit der Luftwaffe jenes Landes, das eine besonders negative Rolle im Nahen Osten spielt und einen großen Anteil an der Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat hat.

KPÖ-Sprecherin Claudia Klimt-Weithaler: „Jeden Tag sind wir mit den Folgen von Hochrüstung und Vertreibung konfrontiert. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Bomben, während in Österreich 3,6 Millionen Euro für eine Waffenschau verschwendet werden.“

Renate Pacher, KPÖ-Stadträtin in Knittelfeld: „Das Bundesheer wird kaputtgespart. Das Land Steiermark kürzt das Gesundheitssystem zusammen. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, während die Bevölkerung bei einer hochsubventionierten Werbeshow der Rüstungsindustrie auf weitere Kriege eingestimmt werden soll. Die Airpower gehört abgesagt!“

UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG...

... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

Soll Österreich in den Krieg ziehen?

Österreich hat sich zur immerwährenden Neutralität verpflichtet. Trotzdem sollen österreichische Soldaten im Rahmen der sog. „EU-Beistandsverpflichtung“ Krieg führen. Halten Sie das für richtig?

- Ja, denn die Solidarität mit der EU ist wichtiger als die Neutralität Österreichs.
- Nein, Österreich soll zu seiner Neutralität stehen und sich für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen.

Gedanken und Anregungen:

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Steiermark erhalten.

Name: _____

Adresse: _____



An die
**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at

Krebserrregend: EU will giftiges Glyphosat trotzdem zulassen

Glyphosat ist das meistverwendete Pestizid der Welt. Es wird in der Landwirtschaft und sogar in Privatgärten eingesetzt. Mit diesem Pestizid wird alles Grün auf den Böden abgetötet. So massive Eingriffe in die Natur haben Auswirkungen – auf Menschen und Tiere, zum Beispiel auf die Bienen.

2015 bewertete die World Health Organisation (WHO) den Wirkstoff als potentiell krebserregend. Rückstände von Glyphosat lassen sich in Böden, Wasser und Luft und somit auch im menschlichen Körper feststellen. Eine deutsche Studie hat ergeben, dass sich das Pestizid im Urin von rund 75 Prozent der StudienteilnehmerInnen nachweisen ließ.

Jean-Paul Beck, Präsident des Verbandes der Luxemburger Imker:

„Unsere Honigbienen, Wildbienen und andere Insekten leiden unter dem Verlust der Biodiversität, weil Glyphosat radikal alle Wildkräuter in der Landwirtschaft, in den Privatgärten und in den öffentlichen Grünanlagen unterdrückt. Dadurch wird die Tracht für die Bienen massiv eingeschränkt.“ In einer aktuellen Studie wurde festgestellt, dass der Wirkstoff das Erinnerungsvermögen und die Orientierung der Bienen stören kann.

Immer mehr Stimmen fordern ein Verbot von Glyphosat. Die Zulassung für dieses Pestizid läuft aus. Nun wurde bekannt, dass die EU-Kommission ihren Mitgliedstaaten empfiehlt, das Mittel in der EU für weitere 15 Jahre(!) zuzulassen. Österreich will für eine weitere Zulassung stimmen – das geht

aus einer Stellungnahme hervor, die der Umweltorganisation Global 2000 zugespielt wurde.

Das alles ist ein Skandal. Hier geht es um die Interessen eines US-Konzerns. Das Gift Glyphosat ist ein Milliardengeschäft. Wieder wird deutlich, dass die EU eine Konstruktion im Interesse der Banken und Konzerne ist. Gegen die Entscheidung der EU-Kommission gibt es zunehmend Widerstand. Es ist zu hoffen, dass sich genug Protest regt, um die Wiederzulassung von Glyphosat zu verhindern.



Glyphosat: Schaden für Bienen

Die Patentierung von Leben muss verhindert werden!

Europa steuert auf eine Patentlawine auf herkömmlich – also ohne den Einsatz gentechnischer Verfahren – gezüchtetes Obst, Gemüse und Getreide zu. Wie diese agrarindustrielle Geschäftemacherei funktioniert, zeigte in den 1990er-Jahren ein gewisser Larry Proctor vor:

Der Chef einer US-Saatgutfirma flog 1994 zwecks Urlaubs nach Mexiko und kaufte dort einen Sack Bohnen. Dabei fielen ihm Hülsenfrüchte mit besonders gelber Färbung ins Auge. Er pflanzte sie aus, testete sie über ein paar Generationen hinweg, befand sie für samenfest und meldete ein Patent an. Das bekam er drei Jahre später zugesprochen und war nun Bohnenmonopolist. Er nannte die Bohnensorte Enola, nach seiner Frau.

Die mexikanischen Bäuerinnen hingegen, die gelbe Bohnen über Jahrhunderte gezogen hatten, mussten fortan Lizenzgebühren zahlen, wollten sie ihre Bohnen anbauen. Mexikanische Bohnenexporteure wurden von Proctor verklagt.

Die Patentierung von Pflanzen und Tieren ist eine rein dem Gewinn einzelner Unternehmen zuträgliche Angelegenheit, die vom gesamten Rest der Erdbevölkerung dringend verhindert werden muss. Sie ist ausbeuterisch, unethisch, und sie schädigt uns alle nachhaltig, da sie eine gesetzlich verordnete Maßnahme gegen die Vielfalt darstellt.

Petition

Die Petition „Kein Patent auf Leben“ wurde von Bio Austria, Arche Noah, der Produktionsgewerkschaft Pro-Ge und anderen ins Leben gerufen.

<http://www.keinpatentaufleben.at/>



Multinationale Saatgut- und Chemiekonzerne wie Monsanto und Syngenta beanspruchen nicht nur Patente auf Pflanzen, die mittels gentechnischer Verfahren verändert wurden, sondern zunehmend auch auf herkömmliches Obst und Gemüse. Rund 180 solcher Patente wurden vom Europäischen Patentamt bereits erteilt, etwa 1200 weitere sind beantragt. Die Patentinhaber erhalten damit exklusive Nutzungsrechte auf Lebensmittel, wie Tomaten

und Brokkoli und reißen damit die Kontrolle über Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion an sich.

Patente sind dazu da, um Erfindungen zu schützen, doch die Natur ist keine „Erfindung“. Um der neuen Patentierungspraxis Einhalt zu gebieten, fordert die Petition von der Bundesregierung: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Patentierung von Pflanzen und Tieren unmissverständlich verboten wird!

Kinderland Ferienaktion 2016

Erholungsreiche Ferien für Ihre Kinder!

Unsere Kinderland-Ferien Angebote für Kinder:

„Sommerhits für Ferienkids“

Auch in diesem Jahr laden wir Kinder aus allen Ecken der Steiermark und darüber hinaus ein, in unseren Ferienanlagen einen erholsamen und erlebnisreichen Sommer zu verbringen.

Dank unseres vielseitigen Angebotes können wir vielen Familien einen passenden und vor allem kostengünstigen Erholungsaufenthalt für ihre Kinder anbieten.

Wer Abenteuer und Abwech-

slung sucht und zwischen 6-15 Jahren ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnersee (Kärnten/nah dem Klopeinersee) wie zuhause.

Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Aufenthalte zur Auswahl.

Hilfe bei den Kosten

Zuschussmöglichkeiten vom Land Steiermark (bis € 375 bei 3 Wochen Aufenthalt), Gemeinden,

Betriebsräten, Sozialhilfeverbänden und BHs verringern die Turnuskosten in den meisten Fällen erheblich.

Wir stehen Ihnen gerne in unserem Ferienbüro 8010 Graz, Mehlplatz 2, unter 0316/ 82 90 70 oder office@kinderland-steiermark.at zur Verfügung und beraten sie gerne zu allen Fragen.

Spezialangebote:

Wer sich noch nicht so recht alleine 14 Tage in die Ferien fahren

traut, aber dennoch mit Freunden „abhängen will“ ist in den einwöchigen **Actionwochen** denn bei tägli-



chen Angeboten wie Sommerrodeln, Jungleswing, oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu.

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich auch unsere **Reitwochen**, auch bei Burschen. Durch den Umgang mit den Islandponys lernen die Kinder nicht nur Reiten sondern auch Verantwortung für ein Tier zu übernehmen.

A-Card Besitzer, KNAX Club Mitglieder oder Familienpassinhaber erhalten einen Nachlass von € 10.- pro Ferienwoche.

kinderland
Steiermark

FERIENLAND 2016

SOMMERHITS

FÜR FERIENKIDS

1-2 ODER 3
Wochen möglich!

Feriendorf Turnersee
vom 10. Juli bis 13. August

Infos unter:
www.kinderland-steiermark.at

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren



Badestrand
Kinderland Feriendorf Turnersee

Beratung im Kinderland-Ferienbüro am Grazer Mehlplatz 2/2. Stock, 0316/82 90 70.

Mo – Fr von 9 – 14 Uhr,
E-Mail:

office@kinderland-steiermark.at.

Tel. 0316 / 82 90 70

Steirerfrucht-Pleite:

RAIFFEISEN LÄSST OBSTBAUERN IM STICH

Die Raiffeisen-Landesbank als Eigentümerin hat ihre Tochterfirma Steirerfrucht in die Pleite geschickt. Das betrifft die Apfelbauern in der Oststeiermark ganz direkt. In den Firmen selbst sind weit über 100 Arbeitsplätze bedroht. Als eine der Ursachen dafür gibt man die gegenseitigen Boykottmaßnahmen von EU und Russland an.

Das alles ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigungslage in der Oststeiermark, wo man bereits die

Pleiten der Firmen Schirnhofer und Borckenstein verkraften muss.

Jürgen Höfler (KPÖ) aus Pölla stellt dazu fest: „Politisch interessant ist folgende Tatsache: Verbandspräsident von Raiffeisen in der Steiermark ist Franz Titschenbacher, seines Zeichens auch steirischer Landwirtschaftskammerpräsident. Das zeigt, wie schlecht es für die Bauernschaft in unserem Land ist, dass Raiffeisen diesen Bereich fast vollständig in der Hand hat.“



Die Steiermark muss in der Krise viele wirtschaftliche Rückschläge verkraften.

Es muss nicht immer Pizza sein!



Rezept von
Ulrike Pendl

LACHSTATAR

Zutaten:

200 g frischer Lachs
Saft von ½ Zitrone
1 EL geriebene Zitronenschale
1 TL Kren (Glas oder Tube)
Salz, Pfeffer
80 g geräucherter Lachs
1 EL Creme fraiche

Für den Dip:

200 g Creme fraiche
1-2 EL Zitronensaft
1-2 TL Kren

Zubereitung:

Frischen Lachs kalt abspülen und trockentupfen, fein hacken und in eine Schüssel geben. Zitronensaft – und Schale, sowie Kren dazugeben, mit etwas Salz und Pfeffer würzen. Die Schüssel mit einer Folie abdecken und mind. 4 Stunden in den Kühlschrank geben. Danach den geräucherten Lachs fein hacken und zusammen mit der Creme fraiche unter den marinierten Lachs heben. Mit Salz und Pfeffer abschmecken und für eine weitere Stunde in den Kühlschrank stellen.

Serviervorschlag:

Große Nocken ausstechen und auf einer dekorativen Platte platzieren. 1-2 EL Dip darübergeben und mit Kaviar und Dill verzieren. Mit frischem Baguette servieren!



Internationaler Frauentag 2016



für Frieden und Gleichberechtigung

Bei ihrer Aktion zum Internationalen Frauentag am 8. März verteilten KPÖ-Stadträtin Elke Kahr und Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler in der Grazer Herrengasse rote Nelken.

Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, sind häufiger von Armut betroffen und leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit.

Immer mehr Frauen sind prekär beschäftigt, arbeiten als neue

Selbstständige, haben Teilzeitjobs oder Werkverträge. Ihr Einkommen liegt oft unter dem Existenzminimum. So werden immer mehr Frauen von der Mindestsicherung abhängig. Diese Sozialleistung ist derzeit in aller Munde und es gibt immer mehr Stimmen, die eine Kürzung der Mindestsicherung fordern. Meist sind es Politiker, die selbst jeden Monat mit einem fetten Gehalt nach Hause gehen. Sie argumentieren damit, dass die

Relation zwischen Erwerbseinkommen und Mindestsicherung nicht mehr stimmt.

Der Skandal dabei ist aber nicht, dass jemand 837 Euro Mindestsicherung bekommt. Der Skandal ist, dass viele Menschen um weniger als 837 Euro im Monat arbeiten müssen – Vollzeit! Nicht die Mindestsicherung ist zu hoch, die Löhne sind zu niedrig. Die KPÖ wird nicht lockerlassen, wenn es um Gleichberechtigung geht.

STEIRISCHER ROCK Gegen den Strom

Limbus ist eine brandneue Rockband aus der Steiermark. Ihr Musikvideo „Spiegel“ erschien am 11.01.2016 und wurde bereits über 6000 Mal bei YouTube aufgerufen. Die drei Musiker aus dem Raum Graz bezeichnen ihre Musikrichtung als „melancholisch/alternative Rockmusik“.



Foto Vinzent Trenkler www.vmt-photography.com

Eine Newcomerband im herkömmlichen Sinne ist Limbus nicht. Die drei Musiker haben jahrelange Band- und Bühnenerfahrung und stehen mit beiden Beinen fest im Leben. Ihre Texte sind sozialkritisch und in ihrem ersten Musikvideo wurden aktuelle Themen wie Castingshows und Schlankeitswahn verarbeitet. Wir trafen die drei Rockmusiker zu einem Interview.

Was bedeutet „Limbus“?

Der „Limbus“ ist eine theologische Spekulation. Es ist der Aufenthaltsraum für Seelen, die ohne eigenes Verschulden vom Himmel ausgeschlossen sind.

Was wollt ihr mit eurem Musikvideo erreichen? Was ist eure Botschaft?

Wir wollen die Menschen aufwecken und zum Nachdenken anregen. Wir werden seit Jahren mit Castingshows überflutet und viele glauben, dass das der einzige Weg ist. Es gibt aber sehr viele Schattenseiten. Die Auswirkungen dieser fragwürdigen Jurybewertungen sind wirklich sehr weitreichend. Ich möchte gar nicht wissen, wie viele Hoffnungen junger Menschen zerstört wurden, weil dort irgendjemand gesagt hat: „Du bist nicht gut genug“. Und das wirklich Schlimme ist, durch die Medien werden dann diese subjektiven

Meinungen der Jurymitglieder als objektive Meinung der Gesellschaft dargestellt.

Euer Song „Spiegel“ fiel selbst einer Juryentscheidung zum Opfer...

Wir standen selbst vor einer Jury (Antenne Steiermark und Kärnten) und wurden dort als „nicht gut genug“ bewertet und als „nicht radiofähig“ eingestuft. Das gilt sogar für die „verrückte Stunde“ auf der Antenne, obwohl diese Sendung dafür bekannt ist, alles zu spielen. Dieses System muss gebrochen werden und es muss mehr Sendezeit für österreichische Musiker zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte deshalb an alle appellieren, wünscht euch unseren Song „Spiegel“ im Radio.

Was sind eure Pläne für die Zukunft?

Weiter Musik zu machen. Neue Songs zu schreiben und den nächsten Schritt zu gehen. Doch leider ist dieser nächste Schritt nur mit finanzieller Hilfe möglich. Wir wollen ein professionelles Album und ein weiteres Video produzieren. Wenn wir das schaffen, können die Radiosender uns nicht weiter igno-

rieren. Wenn jemand da draußen ist, der uns dabei helfen möchte, dann bitte melden!

Für die Zukunft abseits der Musik seid ihr weniger optimistisch...

Wir steuern in Österreich, aber eigentlich in ganz Europa direkt auf eine Katastrophe zu. Die Kapitalisten zerstören unsere Welt systematisch und verkaufen sich mit Hilfe der Medien als „die Guten“. Als im November 2015 die russische Su-24 von der Türkei abgeschos-

sen wurde, dachte ich mir, jetzt ist es soweit, der 3. Weltkrieg hat begonnen. Gottseidank hat Putin die Nerven bewahrt. Und was aus unserem schönen Land Österreich geworden ist, sehen wir jeden Tag. 11% Arbeitslose in der Steiermark, Mindestsicherung für die Ärmsten in Gefahr und ein 83jähriger Millionär und seine 26jährige Frau kandidieren zusammen für die Präsidentschaft.

Kontakt: www.limbus.band

CD: „Spielfeld – Music for Refugees“

1	Dota Kehr	-	Grenzen
2	Ali Asaad	-	Hey Syria
3	Erwin R.	-	A Mensch is a Mensch
4	Resisters	-	Boom lo pisé
5	Sandy Lopicic	-	Balkan man Powderkeg Mix feat. Winston Churchill
6	Irina Karamarkovic/Christian Masser/Kurt Bauer	-	Mr.Hitler written by Leadbelly
7	Klay	-	...
8	Bridge Project	-	Mea culpa
9	King Fou	-	Samsa
10	Rosetti Sisters	-	Uncertain
11	Susana Sawoff	-	Oh Anthony
12	Mas'ta & Juan Carlos Sungurlian	-	Ime 駱a Dhervis 疾i
13	Ilmala	-	Straßenskizze für einen Psalm
14	Herodin	-	Auße
15	Sosamma	-	In my life written by Lennon/McCartney
16	Hans Söllner	-	Sturm

Benefiz-CD für Flüchtlinge
Tel. 0316 / 71 24 79

Zahlreiche Grazer Musiker sowie einige internationale Musik-Acts haben sich zusammengefunden, um musikalische Beiträge für eine Benefiz-CD beizusteuern, deren Verkaufserlös vollständig der NGO „Border Crossing Spielfeld“ zugute kommt. Die CD ist auch im KPÖ-Büro, Lagergasse 98a, 8020 Graz um 14 € erhältlich. Spielfeld - Music for Refugees

**KPÖ
BILDUNGSVEREIN**<http://kpoe-bildungsverein.at/>

VOLKSHAUSGRAZ
 LJUDSKIDOMGRADEC

PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben,
im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 712959 – kpoe-bildungsverein..at
www.volkshaus-graz.at

Brot & Freiheit

Lieder und Gedichte
des Widerstands gegen
den Faschismus

Freitag, 22. April 2016,
19.30 Uhr

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

PRAPROTNICE VOC + ACC
und DIETMAR PICKL REC

Die Gedichte stammen zum einen von Gefangenen in NS-Lagern, um anderen von Dichtern: Matej Bor, Odysseas Elytis, Boris Fakin, Erich Fried, Michael Guttenbrunner, Ernst Jandl, Andrej Kokot, Lojze Krakar, Primo Levi, Janko Messner, Jannis Ritsos, Dante Strona.

Musikensemble Praprotnice,
Frauenterzett aus Kärnten/
Koroška: Hanca Pörtsch,
Irene Strasser und Rozka
Tratar-Stickerbegleitet von
Georg Errenst (Akkordeon).

**WARNUNG
vor der EU**

Die EU gefährdet die
Unabhängigkeit und die
Neutralität Österreichs.
Die Sozialsysteme werden
verschlechtert und die
Demokratie untergraben.

125 Jahre Arbeitersängerbund – ÖASB
Singen baut Brücken
Bundessängerfest 13.-15. Mai 2016
in Bruck an der Mur




Freitag, 13. Mai, 20:00 Uhr
Eröffnungskonzert
Uraufführung der
Koloman-Wallisch-Kantate
als Chor- und
Orchesterwerk

Mitwirkende:
Savaria Symphonie Orchester
Szombathely, Solistinnen, Solisten
und Projektchor des ÖASB

DIE STADT
BRUCK
AN DER
MUR



BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung für alle
zugänglich



Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417
Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.
<http://kpoe-bildungsverein.at>

BUCHTIPP

**KPÖ-Gemeinderätin erzählt
Lebensgeschichte**

Herta Heidegger, geb. Graf, Jahrgang 1928, wächst in einer armen Arbeiterfamilie in der Obersteiermark auf. Durch Erlebnisse in ihrer harten, aber doch glücklichen Kindheit und Jugend wird sie sozial sensibilisiert und findet schließlich durch ihre Lebensbeziehung mit dem Kommunisten Hubert Heidegger Eingang in die Welt der Arbeiterbewegung und in die KPÖ. Sie gründet mit Hubert eine Familie und wird in der Folge in der Frauenorganisation BDF aktiv, ab den 1970er Jahren auch als Sekretärin für die Obersteiermark. Nach dem frühen Tod ihres geliebten Ehemannes (1983) wird sie KPÖ-Gemeinderätin in Trofaiach (1985 bis 1997). Nach einem Schulungsaufenthalt in Moskau veranstaltet sie zahlreiche organisierte Reisen in die Sowjetunion, in die Staaten Osteuropas und in andere Länder. Bis heute ist Herta politisch interessiert und aktiv. Nun hat die – entfernt mit Peter Rosegger verwandte – Herta Heidegger ihre Lebensgeschichte verfasst.

HERTA

Herta Heidegger
Geschichten aus meinem Leben

Herta Heidegger, *Geschichten aus meinem Leben*.

10 Euro, ISBN: 978-3-200-04443-2

Erhältlich bei der KPÖ Leoben Pestalozzistraße 93,
8700 Leoben Tel. 03842 / 226 70, E-Mail: LE@kpoe-steiermark.at

Buchpräsentation: 7. April 19:00 Uhr
Trofaiach, Stadtgemeinde, Sepp Luschnik Saal

Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
Lagergasse 98a, 8020 Graz


VOLKSHAUSGRAZ
 LJUDSKIDOMGRADEC

für Kleinkunst, Theater,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Seminare uvm.

Großer Saal, 280 m²
Kleiner Saal 60 m²

Anfragen:

kurt.bauer@volkshaus-graz.at
Tel. 0664 / 21 31 431

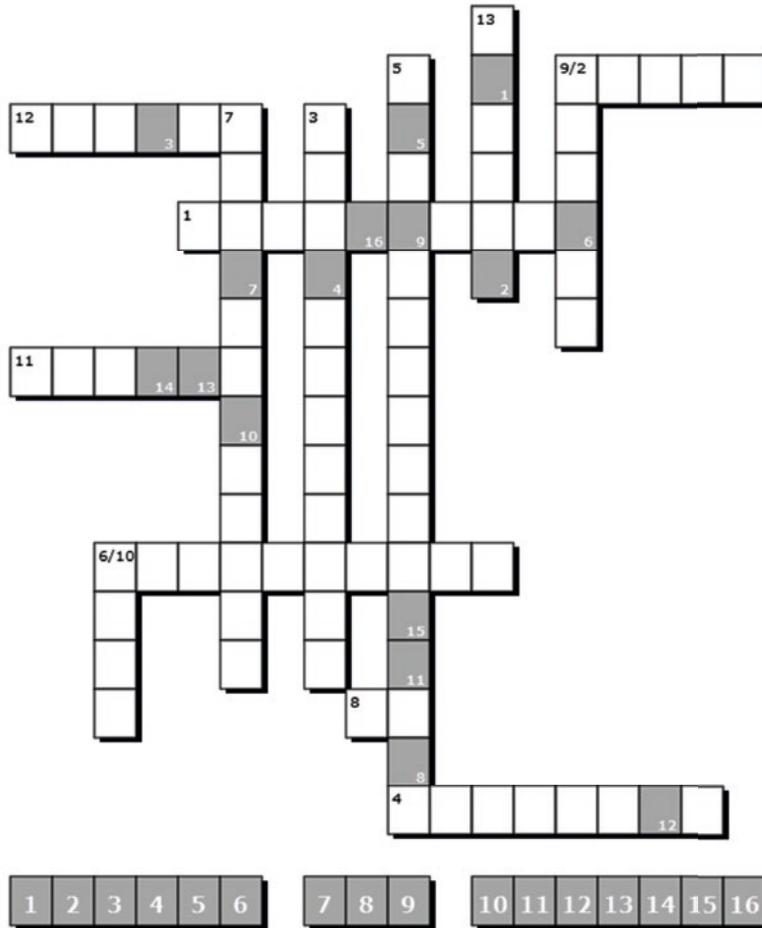


www.volkshaus-graz.at

STEIRISCHE Volksstimme-Schwedenrätsel

Die Lektüre der Steirischen Volksstimme ist bei der Beantwortung hilfreich!

1. Sie ist das höchste Gut (Seite 2)
2. Er ist eine der Hauptursachen von Elend und Flucht – aber auch ein lukratives Geschäft (Seite 3)
3. Es ruiniert ganze Familien. Deshalb sollte es verboten werden (Seite 4)
4. Runter muss er (Seite 5)
5. Für Banken ist immer Geld vorhanden, sie will die Regierung aber kürzen (Seite 6)
6. Wiederholt sie sich? Besser nicht! (Seite 8)
7. Über 2 Billionen Euro kostet sie uns (Seite 10)
8. Bei ihr spielt Geld keine Rolle (Seite 11)
9. Damit man weiß, was mit den Polit-Bezügen passiert, werden sie jährlich von der KPÖ offengelegt. (Seite 12)
10. Was durch eine starke KPÖ bewirkt werden kann, zeigt sich (auch) in dieser Stadt (Seite 14)
11. Für sie gibt's erholsame Ferien am Turnersee (Seite 18)
12. Steirischer Rock schwimmt gegen den Strom (Seite 20)
13. Bis zu zwei Monatsmieten kassieren sie von den Mietern. Ihre Provisionen sollten aber die Vermieter bezahlen müssen, fordert die KPÖ. (Seite 24)



Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Post: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.



YUniverse Festival



26. Juni 2016, ab 15:00

Volkshaus Graz /Ljudski Dom Gradec – Lagergasse 98a
Ex-Austria meets Ex-Jugoslavia

Erst wenn die letzte Sozialleistung gestrichen, der Wohlfahrtsstaat kaputtgespart und die Solidarität ausgerottet ist, werdet Ihr feststellen, dass man von FPÖ-ÖVP-SPÖ nicht leben kann. (Frei nach einer Weisheit der Cree-Indianer)

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at



www.euroexit-org

Raus aus der EU!

SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Druckzeug

Druckwerkstätte im Annenviertel

KOMMEN, SCHAUEN, STAUNEN, MITTUN!

Wir suchen:
**Ehemalige
Setzer-/DruckerInnen,
die ihr Wissen über Handsatz und
Hochdruck weitergeben möchten**

Wir bieten:
**Eine historische Druck-Werkstatt
mitten in Graz für Interessierte
und Kreative**

Mehr Infos über den Verein auf
www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at
Tel.: 0699-12680414

WO? Buchdruckerei
Bauer
Annenstraße 19/
Hofgebäude
8020 Graz

Kleine Werkstatt südlich von Graz bietet:

Auspuff-Bremse-Einschweißen-Klimaservice-Ölwechsel-Unterbodenschutz-Zahnriemen Picker! Verrechnung von Havarieschäden direkt mit den Versicherungen.
Rufen Sie uns an!
Tel. 0316 / 40 75 40

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Menschen sind unabhängig von Alter, Geschlecht oder Hautfarbe angesprochen.

ZVP
Zentralverband der
Pensionisten**SPRECH-
STUNDEN**

MO. bis DO. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz
E-Mail: zentralverband@kpoe-
steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80**

Vor Anmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen
bei Anträgen um
Pflegegeld, Pension.
Ausfüllen von
Formularen.
Erklärung zur Arbeit-
nehmerveranlagung
(=Jahresausgleich).

Geselligkeit.
Ausflüge, Reisen,
Turnen.

Auskunft zu den
Ortsgruppen:
0316/ 71 24 80

**Tiere suchen ein Zuhause****TIERECKE**

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer;
oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Lucky: kast. Jack-Russel-
Mischlingsrüde sucht hunde-
erfahrenen Besitzer. Intelligent,
geht gern spazieren. Wenn
auch anfangs zurückhaltend
ist er ein ganz süßer Kerl.



Hera: ist ein ca. 9-10 jähriger
Deutsch-Kurzhaar-Misch-
lingsrüde.



Djego: kast., Juli 2014 ge-
borener Mischlingsrüde. Er
verträgt sich mit anderen
Hunden, geht gerne gas-
si und ist verschmust. Wer
nimmt sich seiner an?



Boomer: ca. 1-jähriger, kast.
Streuner kater der sein Leben
bisher allein bestreiten muss-
te. Er ist noch kein Schmu-
sekater und sehnt sich nach
einem Heim mit Freigang.



Wonda: ist eine ca. 2 jährige,
kast. Streuner katzendame.
Sie ist noch nicht zutraulich
und Menschen gegenüber
ängstlich. Will ihr jemand eine
Chance geben?



Chia u.a.: sind insgesamt fünf
weibliche Ratten in einem
Alter von 6-7 Monaten. Sie
sind noch nicht handzahn
und hoffen auf einen Ratten-
freund der sie abholt.



Jack: ist kast. Meerschwein-
chenbock der im Frühjahr
2014 geboren wurde. Er
sucht ein schönes Heim mit
mindestens einem Artgenos-
sen zur Gesellschaft.



Charly: ist ein fast 1-jähriger,
kast. Kaninchenrammler. Er
sucht einen Karnikelfreund
der ihn zu sich holt und einen
passenden Artgenossen zur
Gesellschaft hat.

**Briefe an die
Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

**STEIRISCHE
Volksstimme**

Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Dieser Ton macht keine Musik

Am 4. 12. 2015 habe ich beim
zuständigen Sozialreferat meinen
Antrag auf Weitergewährung
der Mindestsicherung ab Jänner
2016 ordnungsgemäß ausgefüllt
elektronisch abgegeben. Der Ein-
gang wurde auch am selben Tag
elektronisch bestätigt.

Während der Weihnachtsfei-
ertage war klar, dass mein Antrag
nicht bearbeitet wird, also hab
ich am 29. 12. 2015 telefonisch an
der zuständigen Stelle urgiert. In
einem sehr unfreundlichen Ton

wurde mir gesagt, dass meine zu-
ständige Bearbeiterin auf Urlaub
und mein Antrag nicht bearbeitet
worden sei und „Vor Mitte Jänner
wird sowieso kein Geld mehr aus-
bezahlt“!?!

Ich finde das angesichts dessen,
dass ich eher unfreiwillig in dieses
soziale Loch gestürzt bin, als sehr
befremdlich. Als Mensch fühle ich
mich persönlich beleidigt und ent-
wertet. Wie lange muss ich denn
noch auf einen Bescheid für einer
Weitergewährung der Mindestsi-
cherung warten?

*Ich war bis 2010 selbständiger
Unternehmer und nebenbei
ehrenhalber beim Roten Kreuz
als ausgebildeter Notfallsanitäter
im Erdbendienst rund um den
Globus im Einsatz. 2010 passier-
te leider während eines solchen
Einsatzes ein Hauseinsturz und
ich wurde mit 5 weiteren Kollegen
verschüttet und schwer verletzt. Ich
bin chronisch krank, habe unzähli-
ge Operationen gehabt, habe jetzt
eine Schraube im Becken wegen
eines Darmbeineinrisses, einen
wiederkehrenden Tumor im linken
Arm, 3 Bandscheibenvorfälle und
Wirbelaustritte etc. In 14 Tagen
habe ich die nächste Operation...*

*Eine Invaliditätspension ist
trotz medizinischer Verschlechte-
rung vom zuständigen Arzt 2014
das vierte Mal abgelehnt worden.*

*Ich bin seit 2013 zu 50% behin-
dert. Ebenso ist noch der Bescheid
über die pflegestufe ausständig.*

*Eine neue Bewertung des Behin-
dertengrades steht auch noch an.*

*Ich bin in der Regel kein Quer-
treiber und verhalte mich sicher
nicht auffällig. Sogar die Gesund-
heitsstraße habe ich bereits 2x
hinter mir (2012 + 4. 1. 2016), wo
jeweils festgestellt wurde, dass ich
aufgrund meines gesundheitlichen
Mankos zu keiner Arbeit mehr
fähig bin.*

*Das AMS hat keine Arbeit für
einen fast 56-jährigen Überquali-
fizierten und das Sozialamt legt
mir einen Stein nach dem anderen
in den Weg.*

*Ich habe mir diese Situation
sicher NICHT ausgesucht!*

*Soll ich jetzt den ganzen Monat
darben und eventuell mein Dach
über den Kopf verlieren, nur weil
es ein Amt nicht schafft, meinen
Antrag fristgerecht zu bearbeiten?*

Herr S. aus F.

Hilfe. Wohnen ist zu teuer



Wohnen ist Teuerungsmotor Nummer Eins. Hohe Wohnungseinstiegskosten und Maklerprovision verschärfen das Problem.

Die Unterschriftenkampagne der KPÖ stößt auf breiten Widerhall. Viele Menschen sehen es nicht ein, dass sie bei Anmietung einer Wohnung zwei Monatsmieten Provision zahlen müssen. Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Die Zustimmung zu unserer Kampagne ist groß. Wir haben schon deutlich über 4.000 Unterschriften dafür gesammelt“, sagt Kahr. Die Makler haben bereits reagiert – mit einer Plakat- und Inseratenkampagne zur Image-Politur.

Auch in einer Wochenzeitung reagierte Gerald Gollenz von der Wirtschaftskammer ziemlich grantig. Die Forderung der KPÖ sei „kurzsichtig, denn nur beim Makler ist der

Wussten Sie, dass die FPÖ 2011 mit einer Petition beim Bund erreichen wollte, dass die Maklergebühren wieder von zwei auf drei Monatsmieten erhöht werden?

Mieter sicher“, behauptete er, denn nur der Makler sei „verpflichtet, die Mieter über eine Vielzahl an Regeln und Gesetzen aufzuklären“.

Tatsächlich ist es eher Ausnahme als Regel, dass Makler die Mieterinnen und Mieter rechtlich beraten. Sichere Informationen bekommt man bei der AK, dem Mieterschutzverband oder beim Mieternotruf der KPÖ (0316 / 71 2479).

„Wir lassen bei den Wohnkosten nicht locker“, betont Elke Kahr.



foto: bendel11 fotolia.at

Ein Faktor bei den Miet-Einstiegskosten ist die Kautions. Hier könnte die Gemeinde mit einem Kautionsfonds einspringen. Dies ist in Knittelfeld auf Antrag der KPÖ bereits geschehen.

Wohnen macht arm

1975: Miete öS 600.- Gehalt 4.000 öS also 15% für Miete
 2015: Miete Euro 600.- Gehalt 1.500 € also 40% für Miete

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit 1. Juni 2015 muss in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter verringert die Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:

- Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
- Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden. Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79

Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at

